30.01.2017

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers,

Nach Beratung,

Beschließt:

61057/2

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION
27-02-2017
RAAD VAN STATE
WETGEVING

Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2017

INHALTSANGABE

Dieser Vorentwurf eines Dekrets ändert verschiedene Bestimmungen im Bereich des Personals und der Organisation im Unterrichtswesen ab.
Er enthält unter anderem Abänderungen in folgenden Bereichen:

- Förderpädagogischer Koordinator in der Förderschule – dienstrechtliche Rahmenbedingungen
- Zeitversetzter Ersatz bei Kaleido-DG
- Stundenkapitalregelungen für Kaleido-DG, die Autonome Hochschule, zur Betreuung von Integrationsschülern, ...
- Baremenerhöhung für das Arbeitspersonal
- Anerkennung von Diensten bei Personalmitgliedern in Auswahl- und Beförderungsämtern
- Zulassungsbedingungen zum Amt des Fachbereichsleiters an der Autonomen Hochschule
- Ernennung im Bereich des Verwaltungspersonals im Gemeinschaftsunterrichtswesens

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNEN

Der Aufbau des vorliegenden Dekretvorentwurfs erfolgt nach gewohntem Muster: Jedes Kapitel passt einen bestimmten Regeltext an und dies in chronologischer Reihenfolge.

Um einen besseren und schnelleren Überblick zu erhalten, erfolgt nachstehende Begründung nicht strikt pro Kapitel, sondern pro Themenbereich beziehungsweise pro Maßnahme und beinhaltet gleichzeitig auch den Kommentar zu den einzelnen Artikeln. Die verschiedenen zusammengehörenden Artikel werden aufgezählt.

1. Anerkennung von Diensten bei Personalmitgliedern in Auswahl- und Beförderungsämtern (Artikel 1 und 2)

Inkrafttreten: 1. September 2016

Vor dem Hintergrund, dass es sich als immer schwieriger erweist, qualifiziertes Personal für die Besetzung von Auswahl- und Beförderungsämtern zu finden, hat sich die Regierung im Sektorenabkommen 2016-2017 bereit erklärt, in diesen Ämtern künftig bei der Festlegung des finanziellen Dienstalters nicht mehr nur Dienste anzuerkennen, die im Unterrichtswesen, im öffentlichen Dienst oder in einer VoG/Stiftung geleistet wurden, sondern auch eine vollständige Anerkennung von Diensten vorzunehmen, die im Privatsektor oder als Selbständiger erbracht wurden. Die Regierung schlägt vor, durch Anpassung des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens diese Maßnahme umzusetzen.

Die Maßnahme findet Anwendung auf alle in einer Tagesschule in einem Auswahl- oder Beförderungsamt beschäftigten Personalmitglieder der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals sowie des Verwaltungspersonals. Sie findet ebenfalls Anwendung auf die Personalmitglieder der Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung sowie auf die in einem Auswahl- oder Beförderungsamt im Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beschäftigten Personen.

Artikel 1 nimmt diese Abänderung vor.

Artikel 2 fügt eine Übergangbestimmung für das Schuljahr 2016-2017 ein.

2. Förderpädagogischer Koordinator in der Förderschule – dienstrechtliche Rahmenbedingungen (Artikel 3, 4 Nummer 3, 5, 6 Nummern 3 und 4, 7, 14, 19, 21, 22, 24, 26, 27, 28, 29 Nummer 3, 30, 31 Nummern 3 und 4, 32, 42 Nummer 3, 43, 44 Nummern 3 und 4 und Artikel 45)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Das Dekret vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen sieht neben zusätzlichen Personalressourcen für das Regelgrundschulwesen auch zusätzliche Personalressourcen in den Förderschulen vor. Im September 2015 waren dem Regelgrundschulwesen bereits 90 Viertelstellen zur Beschäftigung von Förderpädagogen in der Regelgrundschule zur Verfügung gestellt worden. Gleichzeitig wurden dem Förderschulwesen ebenfalls ab September 2015

16 Viertelstellen zur Verfügung gestellt. Bisher war allerdings noch kein dienstrechtlicher Rahmen für diese 16 Viertelstellen vorgesehen, der anhand der vorliegenden Bestimmungen festgelegt wird und zum 1. September 2017 in Kraft treten soll.

Eine Arbeitsgruppe, die aus Vertretern aller Netze zusammengesetzt ist, hat nach der Freigabe der Stellen im September 2015 ein Konzept mit Umsetzungsmodalitäten zur förderpädagogischen Koordination in den Förderschulen erarbeitet. Dieses Konzept umfasst von der Berechnung des Stellenkapitals über Weiterbildungsvoraussetzungen bis zu den Arbeitsabläufen und dem Arbeitsauftrag die wichtigsten Voraussetzungen für die förderpädagogische Koordination in den Förderschulen. In den Schuljahren 2015/2016 und 2016/2017 wurden in einer Pilotphase die internen Abläufe innerhalb der Schule mit einem förderpädagogischen Koordinator erprobt. Hierbei wurden wichtige Erkenntnisse in den beiden Förderschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gesammelt und flossen in das Konzept der Arbeitsgruppe ein.

Die förderpädagogische Koordination in der Förderschule dient vor allem der Verbreitung und Verbesserung des förderpädagogischen Know-Hows in der Förderschule, indem Klassenlehrer unterstützt und beraten werden und/oder Schüler individuell betreut werden. Ein zweites Ziel ist die Koordination aller förderpädagogischen Maßnahmen an der Schule sowie in Zusammenarbeit mit internen und externen Partnern. Ein drittes Ziel ist die Förderung der Zusammenarbeit in förderpädagogischen Fragen aller an einem Campus oder in einer Campussituation zusammenliegenden Unterrichtseinrichtungen.

In Artikel 3 wird das Amt des förderpädagogischen Koordinators als Anwerbungsamt in der Kategorie des Erziehungshilfspersonals geschaffen.

In Artikel 4 Nummer 3 wird die Möglichkeit der Diplomabweichung für den förderpädagogischen Koordinator bei der Bezeichnung im Gemeinschaftsunterrichtswesen ausgeschlossen. Um im Amt des förderpädagogischen Koordinators bezeichnet werden zu können, muss das Personalmitglied demzufolge den erforderlichen Befähigungsnachweis besitzen und kann sich nicht über das System der Abweichungen in Ordnung bringen. Wie bereits beim förderpädagogischen Schul- und Lernbegleiter, beim psychosozialen Begleiter sowie beim Förderpädagogen in der Regelgrundschule handelt es sich beim förderpädagogischen Koordinator um eine unterstützende und vor allem beratende Funktion, die ein Personalmitglied nur dann ausüben kann, wenn es über eine fundierte Ausbildung verfügt. Dass sich ein Personalmitglied über das System der Abweichungen fachlich in Ordnung bringt, ist unter Berücksichtigung des Tätigkeitsfelds des förderpädagogischen Koordinators nicht zielführend.

In Artikel 5 wird festgelegt, dass Dienste, die das Personalmitglied in einem anderen Amt erbracht hat, für das es den erforderlichen Befähigungsnachweis (oder (für das FSU) den für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis) besitzt, es nach den geltenden Bestimmungen für die Vorrangsberechnung im Amt des Förderpädagogischen Koordinators anrechenbar machen kann. Im Unterschied zu den bisherigen Regeln zum „Auffüllen" ist hier nicht zwingend ein Amt in derselben Kategorie erforderlich, sofern der Zugang zum Amt über die erforderlichen Befähigungsnachweise aus mehreren Kategorien geregelt wird. Infolgedessen kann ein Personalmitglied unter bestimmten Umständen den Vorrang in zwei Ämtern erlangen. Gleiches gilt bei einer halbzeitigen Beschäftigung bei zwei Trägern. In diesem Fall baut das Personalmitglied parallel bei zwei Trägern Dienstalter auf. Hier ist das Gemeinschaftsunterrichtswesen betroffen.

In Artikel 6 Nummern 3 und 4 wird festgelegt, dass auch ein Personalmitglied, das bereits in einem Amt derselben Kategorie ernannt ist, ebenfalls 720 Tage im Amt des förderpädagogischen Koordinators geleistet haben muss, um im Gemeinschaftsunterrichtswesen in diesem Amt definitiv ernannt zu werden. In der Regel müssen Personalmitglieder, die bereits in einem Amt derselben Kategorie ernannt sind und sich in einem anderen Amt derselben Kategorie ernennen lassen möchten, nur 360 Tage in dem betreffen-

den Amt geleistet haben. Um im Amt des förderpädagogischen Koordinators ernannt werden zu können, sollen auch Personalmitglieder, die bereits in einem anderen Amt derselben Kategorie ernannt sind, genau wie nicht ernannte Personalmitglieder mindestens 720 Diensttage effektiv im Amt des förderpädagogischen Koordinators leisten, damit Personalmitglieder aller Kategorien gleich behandelt werden. Des Weiteren wird in diesem Artikel die Möglichkeit der Diplomabweichung für den förderpädagogischen Koordinator bei der definitiven Ernennung im Gemeinschaftsunterrichtswesen ausgeschlossen.

In Artikel 7 wird den Personalmitgliedern, die bereits im Amt des förderpädagogischen Koordinators ernannt sind, kein Vorrang für die Ausdehnung der Ernennung eingeräumt. Die Bezeichnung und die Ernennung im Amt des förderpädagogischen Koordinators sind teilbar, wodurch der Schulträger die Möglichkeit erhält, zwei Personalmitglieder im Amt des förderpädagogischen Koordinators halbzeitig zu bezeichnen oder zu ernennen, beispielsweise weil es sich um zwei Personalmitglieder handelt, die an zwei verschiedenen Niederlassungen tätig sind. Allerdings ist dabei zu beachten, dass ein förderpädagogischer Koordinator mindestens 19 Wochenstunden zu 60 Minuten effektiv in diesem Amt bei einem Schulträger leisten muss. Im Übrigen ist es dem Schulträger durch diese Bestimmung erlaubt, bei Offenerklärung einer halben Stelle im Amt des förderpädagogischen Koordinators ein Personalmitglied in diese halbe Stelle zu ernennen, das bisher noch nicht ernannt ist, obwohl ein anderes Personalmitglied bereits halbzeitig in diesem Amt ernannt ist. Es handelt sich hierbei wohlgemerkt um eine Möglichkeit, die der Schulträger nach eigenem Ermessen nutzen kann. Hier ist das Gemeinschaftsunterrichtswesen betroffen.

In Artikel 14 wird der erforderliche Befähigungsnachweis für das Amt des förderpädagogischen Koordinators festgelegt. Als Basisqualifikation ist demnach jedes Diplom zulässig, das Zugang zu einem Amt der Kategorien Direktions- und Lehrpersonal, Erziehungshilfspersonal, sozialpsychologisches Personal und paramedizinisches Personal in der Förderschule mit Ausnahme des Kindergärtners, des Kinderpflegers und des Krankenpflegers gibt. Zusätzlich müssen alle Bewerber eine zweijährige Berufserfahrung in einer Förderschule oder Einrichtung zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufweisen und eine Zusatzausbildung im Umfang von 15 ECTS-Punkten in Förderpädagogik aufweisen. Von der Auflage der Zusatzausbildung sind Logopäden und Ergotherapeuten befreit. Als weiterer erforderlicher Befähigungsnachweis gilt der Master in Heil-, Ortho- oder Förderpädagogik. Mit diesem Diplom erhalten Bewerber unmittelbaren Zugang zu dem Amt ohne Berufserfahrung und ohne Zusatzausbildung.

Artikel 19 hebt den Artikel 5quater des Dekrets vom 27. Juni 1990 auf. Das Kapitel zu dem der Artikel 5quater gehört, betrifft das leitende und das Lehrpersonal in den Förderschulen. Da der förderpädagogische Koordinator jedoch in der Kategorie des Erziehungshilfspersonals angesiedelt wird, wird der Inhalt des Artikels 5quater in das Kapitel über das Erziehungshilfspersonals in den Abschnitt über gemeinsame Bestimmungen für den Grund- und Sekundarunterricht im Förderschulwesen übertragen, da der förderpädagogische Koordinator im Förderschulwesen sowohl in der Grund- als auch in der Sekundarschule eingesetzt werden kann.

In Artikel 21 und 24 wird das für die Unterstützung der Förderung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Förderschulen ermittelte Stellenkapital und die Berechnungsweise festgelegt.

Es wird dem bis 2018-2019 eingefrorenen Stundenkapital der Förderschulen hinzugefügt und bleibt bis zu diesem Schuljahr einschließlich ebenfalls unverändert.

In dem Artikel wird ebenfalls festgelegt, wie das für die besondere Förderung von Schülern mit Lernschwierigkeiten in den Förderschulen ermittelte Stellenkapital zu verwenden ist. Es kann ausschließlich verwendet werden, um förderpädagogische Koordinatoren zu beschäftigen.

Bleibt ein Teil des Stellenkapitals ungenutzt, kann es bis zum Umfang von maximal einer Viertelstelle in finanzielle Mittel umgewandelt werden, die der Förderschule zur Orga-

nisation von förderpädagogischen Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus wird das in diesem Artikel zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Förderschulen ermittelte Stellenkapital zur Ernennung oder definitiven Einstellung freigegeben.

In Artikel 22 wird festgelegt, dass das Stellenkapital für den förderpädagogischen Koordinator in der Förderschule nicht übertragen werden darf. Es ist möglich, aus dem regulären Stellenkapital die Stunden des förderpädagogischen Koordinators aufzustocken, jedoch nicht umgekehrt. Das Stundenkapital des förderpädagogischen Koordinators darf nicht zur Ergänzung des regulären Stundenkapitals verwendet werden, auch dann nicht, wenn Stellen unbesetzt bleiben.

In Artikel 26 wird der Auftrag des förderpädagogischen Koordinators im Grundlagendekret vom 31. August 1998 festgelegt. Dieser Auftrag umfasst neben der individuellen Arbeit mit Schülern und Schülergruppen vornehmlich Beratungs- und Unterstützungsaufgaben sowie die enge Zusammenarbeit mit allen relevanten Partnern im Rahmen der Betreuung und Förderung von Schülern u.a. Eltern, Lehrer, Schulleiter, sozialpsychologisches Personal, paramedizinisches Personal, Erzieher, Therapeuten. Ferner übernimmt der förderpädagogische Koordinator die Koordination aller förderpädagogischen Maßnahmen an seiner Förderschule. Es ist dem Koordinator untersagt, im Rahmen seiner Tätigkeit andere Lehrpersonen zu ersetzen, um zu vermeiden, dass im Falle einer Abwesenheit eines Klassenlehrers beispielsweise wegen Krankheit der Koordinator den Unterricht erteilt. Dies ist nicht mit der Zielsetzung seiner Funktion und seiner Aufträge vereinbar.

Artikel 27 schafft ein Kapitel X.1 (Wochenarbeitszeit) im Dekret vom 31. August 1998.

In Artikel 28 wird die Arbeitszeit des förderpädagogischen Koordinators festgelegt. Weil der Koordinator keinen klassischen Unterrichtsauftrag ausführt, sondern eine beratende, unterstützende und koordinierende Funktion übernimmt, die sowohl die individuelle Arbeit mit Schülern als auch die Beratung von Kollegen und die Koordinierung von Absprachen mit zahlreichen Partnern beinhaltet, wird für den Koordinator kein Deputat festgelegt sondern eine Regelarbeitszeit von 38 Stunden zu 60 Minuten pro Woche.

Die Arbeitszeit des förderpädagogischen Koordinators beträgt 38 Stunden pro Woche, die in Absprache mit dem Schulleiter organisiert werden. Das bedeutet, dass nicht zwingend von einer 38-Stunden Präsenzzeit in den Schulen ausgegangen wird, sondern eine nach dem Bedarf der Schule, der Schüler und des Koordinators in Absprache mit dem Schulleiter orientierten Organisation der Arbeitszeit.

Fahrzeiten zwischen Schulniederlassungen oder zu auswärtigen Terminen werden eingerechnet. Heimarbeit ist nach Absprache möglich.

Es handelt sich hierbei um eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit. Geleistete Überstunden werden in Absprache mit der Schulleitung innerhalb eines angemessenen Zeitraums abgebaut. Für den Koordinator wird eine Mindestarbeitszeit von 19 Wochenstunden festgelegt, um zu vermeiden, dass ein Personalmitglied lediglich für einen Viertelstundenplan als Koordinator beschäftigt wird. Dies wäre im Sinne des Auftrags des förderpädagogischen Koordinators nicht zielführend. Der förderpädagogische Koordinator unterliegt derselben Urlaubsregelung wie das übrige Erziehungshilfspersonal.

In Artikel 29 Nummer 3 wird die Möglichkeit der Diplomabweichung für den förderpädagogischen Koordinator bei der Einstellung im freien subventionierten Unterrichtswesen ausgeschlossen. Siehe Kommentar zu Artikel 4 Nummer 3.

In Artikel 30 wird die Vorrangsberechnung im Amt des förderpädagogischen Koordinators im freien subventionierten Unterrichtswesen festgelegt. Siehe Kommentar zu Artikel 5.

Artikel 31 Nummern 3 und 4 regelt die Bedingungen zur definitiven Einstellung im freien subventionierten Unterrichtswesen. Siehe Kommentar zu Artikel 6 Nummern 3 und 4.

In Artikel 32 wird den Personalmitgliedern, die bereits im Amt des förderpädagogischen Koordinators im freien subventionierten Unterrichtswesen definitiv eingestellt sind, kein Vorrang für die Ausdehnung der definitiven Einstellung eingeräumt. Siehe Kommentar zu Artikel 7.

In Artikel 42 Nummer 3 wird die Möglichkeit der Diplomabweichung für den Koordinator bei der Bezeichnung im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen ausgeschlossen. Siehe Kommentar zu Artikel 4 Nummer 3.

In Artikel 43 wird die Vorrangsberechnung im Amt des förderpädagogischen Koordinators im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen festgelegt. Siehe Kommentar zu Artikel 5.

Artikel 44 Nummern 3 und 4 regelt die Bedingungen zur definitiven Einstellung im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen. Siehe Kommentar zu Artikel 6 Nummern 3 und 4.

In Artikel 45 wird den Personalmitgliedern, die bereits im Amt des förderpädagogischen Koordinators im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen ernannt sind, kein Vorrang für die Ausdehnung der definitiven Ernennung eingeräumt. Siehe Kommentar zu Artikel 7.

3. Präzisierung der Bezeichnungsbedingungen (Artikel 4 Nummer 1, 6 Nummer 1, 29 Nummer 1, 31 Nummer 1, 42 Nummer 1, 44 Nummer 1, 53 und 54)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Die in den Personalstatuten verankerten Bezeichnungs- bzw. Einstellungs- und Ernennungsbedingungen sehen vor, dass ein Personalmitglied bezeichnet, eingestellt oder ernannt werden darf, wenn es den für das Amt erforderlichen oder für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis besitzt. Besitzt es diesen nicht, sieht das Statut zusätzliche Modalitäten vor, damit die Bezeichnungs-, Einstellungs- oder Ernennungsbedingungen dennoch erfüllt werden können. So muss das Personalmitglied unter anderem innerhalb eines Zeitraums von maximal fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren drei Mal über Abweichung in dem jeweiligen Amt eingestellt worden sein. Eine Bezeichnung bzw. Einstellung über Abweichung kann erfolgen, wenn kein Personalmitglied mit dem erforderlichen Befähigungsnachweis auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Da die derzeitige Formulierung dieser Bedingung missverständlich ist und darauf hindeuten könnte, dass die drei Abweichungen innerhalb eines Zeitraums von sieben aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen werden dürfen, schlägt die Regierung vor, den Text zu präzisieren.

Artikel 4 Nummer 1 fügt diese Abänderung in die Bezeichnungsbedingungen des Lehrerstatuts im Gemeinschaftsunterrichtswesen ein.

Artikel 6 Nummer 1 fügt diese Abänderung in die Ernennungsbedingungen des Lehrerstatuts im Gemeinschaftsunterrichtswesen ein.

Artikel 29 Nummer 1 fügt diese Abänderung in die Bedingungen für eine zeitweilige Einstellung im freien subventionierten Unterrichtswesen ein.

Artikel 31 Nummer 1 fügt diese Abänderung in die Bedingungen für eine definitive Einstellung im freien subventionierten Unterrichtswesen ein.

Artikel 42 Nummer 1 fügt diese Abänderung in die Bezeichnungsbedingungen des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens ein.

Artikel 44 Nummer 1 fügt diese Abänderung in die Ernennungsbedingungen des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens ein.

Artikel 53 fügt diese Abänderung in die Bezeichnungsbedingungen der Autonomen Hochschule ein.

Artikel 54 fügt diese Abänderung in die Ernennungsbedingungen der Autonomen Hochschule ein.

Der Königlicher Erlass vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie das Dekret vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sind von dieser Abänderung nicht betroffen.

4. Bezeichnungs- und Ernennungsbedingungen für Quereinsteiger im Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre (Artikel 4 Nummer 2, 6 Nummer 2, 13, 29 Nummer 2, 31 Nummer 2, 38, 42 Nummer 2, 44 Nummer 2 und Artikel 52)

Inkrafttreten: 1. Januar 2018

Die für das Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primarschulwesen und in der Unterstufe des Sekundarschulwesens definierten erforderlichen Befähigungsnachweise sehen vor, dass das Personalmitglied neben dem Grunddiplom (z.B. Diplom eines Kindergärtners, eines Primarschullehrers oder eines Regenten) eine Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre absolvieren muss. Für die Oberstufe gilt das Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe (Studienrichtung Moralwissenschaften/Geistes- und Sozialwissenschaften) als erforderlicher Befähigungsnachweis.

Die für Quereinsteiger im Sekundarschulwesen gültige Gesetzgebung sieht allerdings vor, dass Personalmitglieder, die nicht über einen der hierüber angeführten erforderlichen Befähigungsnachweise verfügen, sich dienstrechtlich für das Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre in Ordnung bringen können, indem sie eine Lehrbefähigung erwerben. Es ist für diese Personen momentan nicht verpflichtend eine Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre zu absolvieren.

Vor dem Hintergrund, dass der kürzlich durch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedete Rahmenplan Ethik seit dem Schuljahr 2016-2017 im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingesetzt wird, soll sichergestellt sein, dass alle Personalmitglieder, die nicht über den erforderlichen Befähigungsnachweis für das Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre verfügen, eine Zusatzausbildung von mindestens 15 ECTS-Punkten in diesem Bereich absolvieren. Die Regierung schlägt vor, die für Quereinsteiger gültigen Bezeichnungs- und Ernennungsbedingungen demzufolge dahingehend abzuändern, dass Personalmitglieder, die das Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre bekleiden und nicht über den erforderlichen oder für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis verfügen, nicht nur eine Lehrbefähigung erwerben, sondern auch die hierüber angeführte Zusatzausbildung von mindestens 15 ECTS-Punkten absolvieren müssen, um Aussicht auf eine unbefristete Bezeichnung oder eine definitive Ernennung zu erhalten.

Gleichzeitig stellt eine Übergangsregelung sicher, dass Personalmitglieder, die sich am 31. August 2017 im Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre bereits im Vorrang befinden, nicht verpflichtet sind, die Zusatzausbildung zu absolvieren, um unbefristet bezeichnet oder definitiv ernannt werden zu können.

Artikel 4 Nummer 2 fügt diese Abänderung in die Bezeichnungsbedingungen des Lehrerstatuts im Gemeinschaftsunterrichtswesen ein.

Artikel 6 Nummer 2 fügt diese Abänderung in die Ernennungsbedingungen des Lehrerstatuts im Gemeinschaftsunterrichtswesen ein.

Artikel 13 fügt die Übergangsbestimmung in das Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens ein.

Artikel 29 Nummer 2 fügt diese Abänderung in die Bedingungen für eine zeitweilige Einstellung im freien subventionierten Unterrichtswesen ein.

Artikel 31 Nummer 2 fügt diese Abänderung in die Bedingungen für eine definitive Einstellung im freien subventionierten Unterrichtswesen ein.

Artikel 38 fügt die Übergangsbestimmung in das Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens ein.

Artikel 42 Nummer 2 fügt diese Abänderung in die Bezeichnungsbedingungen des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens ein.

Artikel 43 Nummer 2 fügt diese Abänderung in die Ernennungsbedingungen des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens ein.

Artikel 54 fügt die Übergangsbestimmung in das Statut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens ein.

5. Dienstrecht in den leitenden Ämtern (Artikel 8-12, 33-37, 46-51)

Inkrafttreten: 1. September 2017

In den Bestimmungen zu den leitenden Ämtern (Fachbereichsleiter, Schulleiter, Leitender Verwaltungssekretär, ...) sind die Verweise auf das Dienstrecht nicht vollständig. Die Möglichkeit der Beendigung der definitiven Ernennung bzw. Einstellung für die in diesen Ämtern definitiv ernannten bzw. eingestellten Personalmitgliedern fehlt. Im subventionierten Unterrichtswesen fehlt der Verweis auf die Bestimmung, dass die Bezeichnung oder Ernennung mit Eintritt in den Ruhestand endet. Ebenfalls ist die Terminologie in Bezug auf die Besoldung nicht korrekt, da in diesen Bestimmungen zum Teil nur die bezeichneten Personalmitglieder erwähnt werden und nicht die definitiven.

Die Regierung schlägt vor, diese Textkorrekturen in allen Statuten vorzunehmen.

Artikel 8 korrigiert die Verweise auf das Dienstrecht (Beendigung der Bezeichnung und Ernennung) für den Fachbereichsleiter im Gemeinschaftsunterrichtswesen.

Artikel 9 korrigiert die Terminologie in der Bestimmung zur Besoldung des Fachbereichsleiters im Gemeinschaftsunterrichtswesen.

Artikel 10 korrigiert die Verweise im Artikel über den förderpädagogischen Berater im Gemeinschaftsunterrichtswesen.

Artikel 11 korrigiert die Verweise auf das Dienstrecht (Beendigung der Bezeichnung und Ernennung) für den Schulleiter im Gemeinschaftsunterrichtswesen.

Artikel 12 korrigiert die Terminologie in der Bestimmung zur Besoldung des Schulleiters im Gemeinschaftsunterrichtswesen.

Artikel 33 korrigiert die Verweise auf das Dienstrecht (Beendigung der Bezeichnung und Einstellung) für den Fachbereichsleiter im freien subventionierten Unterrichtswesen.

Artikel 34 korrigiert die Terminologie in der Bestimmung zur Besoldung des Fachbereichsleiters im freien subventionierten Unterrichtswesen.

Artikel 35 korrigiert die Verweise im Artikel über den förderpädagogischen Berater im freien subventionierten Unterrichtswesen.

Artikel 36 korrigiert die Verweise auf das Dienstrecht (Beendigung der Bezeichnung und Einstellung) für den Schulleiter im freien subventionierten Unterrichtswesen.

Artikel 37 korrigiert die Terminologie in der Bestimmung zur Besoldung des Schulleiters im freien subventionierten Unterrichtswesen.

Artikel 46 korrigiert die Verweise auf das Dienstrecht (Beendigung der Bezeichnung und Ernennung) für den leitenden Verwaltungssekretär im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen.

Artikel 47 korrigiert die Terminologie in der Bestimmung zur Besoldung des leitenden Verwaltungssekretärs im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen.

Artikel 48 korrigiert die Verweise auf das Dienstrecht (Beendigung der Bezeichnung und Ernennung) für den Leiter einer Kunstakademie im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen.

Artikel 49 korrigiert die Terminologie in der Bestimmung zur Besoldung des Leiters einer Kunstakademie im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen.

Artikel 50 korrigiert die Verweise auf das Dienstrecht (Beendigung der Bezeichnung und Ernennung) für den Schulleiter im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen.

Artikel 51 korrigiert die Terminologie in der Bestimmung zur Besoldung des Schulleiters im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen.

6. Anpassung der erforderlichen Befähigungsnachweise für Krankenpfleger (Artikel 15)

Inkrafttreten: 1. Januar 2018

Bisher konnten im Unterrichtswesen im Amt des Krankenpflegers lediglich Bewerber eingestellt werden, die über ein Graduat oder einen Bachelor in Krankenpflege verfügen. Inhaber eines Brevets in Krankenpflege waren bisher nicht zulässig. Mit der vorliegenden Abänderung wird vorgeschlagen, auch das Brevet in Krankenpflege als erforderlichen Befähigungsnachweis für das Amt des Krankenpflegers aufzunehmen. Auch Inhaber dieses Diploms sind zur Erfüllung der Aufgaben dieses Amtes im Unterrichtswesen ausgebildet und befähigt.

Artikel 15 nimmt diese Abänderung im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 (Titelerlass) vor und ersetzt die bisherigen Befähigungsnachweise für das Amt des Krankgenpflegers.

7. Anpassung der erforderlichen Befähigungsnachweise für Primarschullehrer im Sekundarschulwesen (Artikel 16 und 17)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Die Titelgesetzgebung wurde in den Jahren 2014 und 2015 dahingehend angepasst, dass das Diplom des Primarschullehrers als erforderlicher Titel gilt für das Erteilen allgemeinbildender Kurse im berufsbildenden Unterricht in der Unterstufe des Regelsekundarschulwesens oder in der Unterstufe der Fördersekundarschule sowie für das Erteilen allgemeinbildender oder technischer Kurse im Teilzeitunterricht. In Erwartung einer grundlegenden Reform der Titelgesetzgebung wurde diese Maßnahme auf drei Schuljahre begrenzt, d. h. bis 31. August 2017. Da die Abänderung der Gesetzgebung über die Befähigungsnachweise momentan allerdings noch aussteht, schlägt die Regierung vor, diese Maßnahme vorübergehend für die Dauer von zwei Schuljahren, also bis 31. August 2019, zu verlängern.

Artikel 16 und 17 nehmen diese Abänderung im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 vor.

8. Anpassung der erforderlichen Befähigungsnachweise für Lehrer für katholische Religion (Artikel 18)

Inkrafttreten: 1. Januar 2018

Derzeit gilt für das Amt des Lehrers für katholische Religion in der Primarschule und in der Unterstufe der Sekundarschule unter anderem der gesetzliche oder wissenschaftliche Grad eines Kandidaten, ausgestellt nach einer Studiendauer von zwei Jahren an einer Universität, einer Fakultät oder einem universitären Zentrum in Belgien als erforderlicher Befähigungsnachweis. Im Sinne einer Qualitätsverbesserung wird auf Antrag des Kultusträgers eine Abänderung dieser Bestimmung vorgeschlagen. Künftig soll nicht mehr der Inhaber einer Kandidatur, sondern der Inhaber eines Diploms des ersten Grades des Hochschulwesens (Bachelor-Diplom), der zusätzlich eine vom Kultusträger anerkannte und mindestens 130 ECTS-Punkte umfassende Ausbildung in katholischer Religion erfolgreich absolviert hat, als Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises für das Amt des Lehrers für katholische Religion in der Primarschule und in der Unterstufe der Sekundarschule gelten. Die vom Kultusträger anerkannte Ausbildung umfasst einen Grund- und Aufbaukurs in Theologie, einen religionspädagogischen Kurs, einen Kurs zum Lehrplan und zur Didaktik des Religionsunterrichts sowie Praktika. Sie kann im Fernkurs der Domschule Würzburg und – was den Lehrplan und die Didaktik anbelangt – an der Autonomen Hochschule absolviert werden.

Artikel 18 ändert den Anhang des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 ab.

9. Umwandlung des Stellenkapitals des Kompetenzzentrums (Artikel 20)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Die Regierung schlägt vor, dass das Zentrum für Förderpädagogik die Möglichkeit erhält, bis zu einer Vollzeitstelle des Stellenkapitals für das Kompetenzzentrum in finanzielle Mittel umzuwandeln, um Honorarkräfte beschäftigen zu können, die das Kompetenz-

zentrum bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen. Dies ist vor allem hilfreich bei der Anwerbung von Fachleuten zur punktuellen Unterstützung der täglichen Aufgaben oder von aktuellen Projekten.

Artikel 20 nimmt die Abänderung im Dekret vom 27. Juni 1990 vor.

10. Stundenkapital zur Betreuung von Integrationsschülern (Artikel 23)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Die Regierung schlägt vor, dass die im Schuljahr 2015-2016 geschaffenen 34 Viertelstellen speziell für die Betreuung von Integrationsschülern bis zum Schuljahr 2019-2020 bestehen bleiben. Dies ist mit dem erhöhten Bedarf in den Regelgrundschulen zu begründen. Ohne eine zeitweilige Erhöhung der Stundenzahl pro Kind bleibt die Wirksamkeit der Förderprojekte gefährdet. Bis zum Schuljahr 2020-2021 sollten die Maßnahmen der niederschwelligen Förderung in Regelgrundschulen soweit greifen, dass die Gesamtzahl an Integrationsprojekten wieder absinken kann.

Artikel 23 verlängert das in Anwendung von Artikel 53ter §§2-6 des Dekrets vom 29. Juni 1990 gewährte Stundenkapital zur Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelgrundschulen um drei Schuljahre bis einschließlich 2019-2020.

11. Hausunterrichtskommission - Zulassung zu bestimmten Studienjahren (Artikel 25)

Inkrafttreten: 1. Juli 2017

Die Regierung schlägt vor, Artikel 93.59 des Grundlagendekrets vom 31. August 1998, zu ergänzen.

Um die Einschulung eines Schülers, der im Hausunterricht unterrichtet wurde und nicht über den erforderlichen Schulabschluss verfügt, bestmöglich zu gewährleisten, sollte die Hausunterrichtskommission die Möglichkeit bekommen, in Einzelfällen eine Zulassungsbescheinigung zu bestimmten Studienjahren auszustellen. Die vorerwähnte Einschulung erfolgt einerseits auf Anfrage der Erziehungsberechtigten; es handelt sich hierbei um einen freiwilligen Wechsel vom Hausunterricht in eine Schule. Andererseits kann die Wiedereinschulung auch aufgrund des begründeten Entscheids der Hausunterrichtskommission, den Hausunterricht zu beenden, erfolgen.

Dadurch kann ein Schüler, der vom Hausunterricht in die Regelschule wechselt, zu Studienjahren zugelassen werden, für die er nicht die notwendigen Schulabschlüsse hat, aber die seinem Kompetenzniveau entsprechen.

Hierbei trifft die Hausunterrichtskommission ihre Entscheidung bezüglich der Zulassungsbescheinigung auf Grundlage eines von der Schulinspektion erstellten Gutachtens.

Die Hausunterrichtskommission muss nicht um einen zuständigen Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft erweitert werden, da bereits ein Personalmitglied des Ministeriums, das über Fachkenntnisse in der Organisation des Unterrichtswesens verfügt, als Mitglied bzw. Ersatzmitglied in der Hausunterrichtskommission bezeichnet wurde. Die Zulassungsbescheinigung darf nicht ohne das Einverständnis dieses zuständigen Personalmitglieds des Ministeriums, das über Fachkenntnisse in Bezug auf die Organisation des Unterrichtswesens verfügt und Mitglied der Hausunterrichtskommission ist, ausgehändigt werden. Hintergrund ist, dass dieses Personalmitglied aufgrund

seiner Tätigkeit im Ministerium über die notwendigen Kenntnisse bezüglich ausländischer Studiennachweise, Diplomgleichstellungen und Zulassungsbedingungen verfügt, die für die korrekte Zulassung zu bestimmten Studienjahren notwendig sind.

Artikel 25 passt den Artikel 93.59 des Grundlagendekrets über die Wiedereinschulung infolge der Kontrollen an und vereinheitlicht die Regeln zur verpflichtenden und freiwilligen Einschulung.

12. Besoldung von Überstunden und Nebenamt im Falle von Lehrermangel (Artikel 39)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Durch das Dekret vom 25. Juni 2001 über besondere Maßnahmen im Zusammenhang mit den Lehrämtern und über die Anpassung des Besoldungsstatuts wurde vorgesehen, dass ein Personalmitglied, das Überstunden leistet oder im Nebenamt beschäftigt ist, hauptamtlich besoldet wird (d.h. unter Berücksichtigung seines finanziellen Dienstalters und unter Verwendung des günstigen Teilers), insofern ein Mangel an qualifizierten Personalmitgliedern für das jeweilige Amt besteht. Besteht kein Lehrermangel erfolgt die Besoldung zu ungünstigeren Bedingungen (keine Berücksichtigung des finanziellen Dienstalters, Verwendung eines ungünstigeren Teilers).

Ein Personalmitglied leistet Überstunden, wenn es an einer oder mehreren Schulen vollzeitig beschäftigt ist und an einer dieser Schulen Stunden leistet, die dazu führen, dass sein Beschäftigungsvolumen über einen vollen Stundenplan hinausgeht. Überstunden sind in diesem Fall jene Stunden, die über die Stundenspanne hinaus erteilt werden.

Ein Personalmitglied befindet sich im Nebenamt, wenn es vollzeitig an einer oder mehreren Schulen beschäftigt ist und zusätzliche Stunden an einer oder mehreren anderen Schulen übernimmt.

Die hierüber beschriebene Regelung der besseren Besoldung von Überstunden und Nebenamt im Falle von Lehrermangel gilt allerdings nur für Personalmitglieder des Sekundarschulwesens und der schulischen Weiterbildung. Da jedoch mittlerweile auch das Grundschulwesen, die Hochschule und die Musikakademie mit einem akuten Lehrermangel zu kämpfen haben und während des Schuljahres im Falle von Ersatz häufig keine andere Möglichkeit sehen, als einem Personalmitglied Überstunden zuzuteilen bzw. es im Nebenamt zu beschäftigen, schlägt die Regierung im Sinne einer Gleichbehandlung vor, die hierüber angeführte Regelung der hauptamtlichen Besoldung von Überstunden und Nebenamt auf diese Schulebenen auszudehnen.

Artikel 39 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 25. Juni 2001 vor.

13. Vorübergehender Rückruf von Personalmitgliedern im Falle von Lehrermangel (Artikel 40)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Durch das Dekret vom 25. Juni 2001 über besondere Maßnahmen im Zusammenhang mit den Lehrämtern und über die Anpassung des Besoldungsstatuts wurde vorgesehen, dass ein Schulträger bzw. ein Schulleiter im Falle von Lehrermangel auf ein Personalmitglied zurückgreifen kann, das bereits pensioniert ist oder sich in einer der nachfolgenden Urlaubsformen befindet:

- Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen
- Disposition aus persönlichen Gründen

- Vollzeitiger oder halbzeitiger Vorruhestand
- Altersteilzeit

Der Rückruf kann nur erfolgen, wenn das Personalmitglied sein Einverständnis erteilt. Während des Rückrufs wird der Urlaub bzw. die Zurdispositionstellung ganz oder teilweise ausgesetzt.

Die hierüber beschriebene Regelung gilt allerdings nur für Personalmitglieder des Grundschulwesens, des Sekundarschulwesens und der schulischen Weiterbildung sowie für Kaleido. Da jedoch mittlerweile auch das Hochschulwesen und die Musikakademie mit einem akuten Lehrermangel zu kämpfen haben, schlägt die Regierung im Sinne einer Gleichbehandlung vor, die hierüber angeführte Regelung auf diese Schulebenen auszudehnen.

Artikel 40 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 25. Juni 2001 vor.

14. Krankheitstage ohne Schwangerschaftsbezug (Artikel 41)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Wird ein Personalmitglied in den sechs bzw. acht Wochen (bei Mehrlingsgeburten) vor der Entbindung krank und nimmt vor der Entbindung seinen Dienst wieder auf, können diese Tage nicht in den postnatalen Mutterschaftsurlaub übertragen werden, d.h. der postnatale Mutterschaftsurlaub verkürzt sich um die Anzahl Krankheitstage. Zusätzlich wurden diese Krankheitstage dem Personalmitglied bisher noch von seinem Krankheitstagekontingent abgezogen, wenn es sich um eine Krankheit ohne bestätigten Zusammenhang mit der Schwangerschaft handelte. Das Personalmitglied wurde also in gewisser Weise doppelt bestraft, indem der Mutterschaftsurlaub gekürzt und die Krankheitstage zu Lasten des Kontingents verbucht wurden. Mit der vorgeschlagenen Abänderung wird ermöglicht, dass Krankheitstage in den sechs bzw. acht Wochen vor der Entbindung, die nicht in postnatalen Mutterschaftsurlaub übertragen werden können, nicht von dem Krankheitstagekontingent des Personalmitglieds abgezogen werden, auch wenn kein direkter Bezug zur Schwangerschaft bestätigt wurde.

Artikel 41 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 30. Juni 2003 vor.

15. Zulassungsbedingungen zum Amt des Fachbereichsleiters an der AHS (Artikel 55-61)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Das Amt des Fachbereichsleiters an der Autonomen Hochschule ist gemäß dem Dekret vom 27. Juni 2005 mit einem Personalmitglied zu besetzen, das als Dozent definitiv ernannt ist. Im Dekret ist allerdings nicht geregelt, was geschieht, wenn kein definitiv ernannter Dozent der Autonomen Hochschule sich auf die Stelle des Fachbereichsleiters bewirbt beziehungsweise wenn der Verwaltungsrat sich gegen die Bezeichnung des Bewerbers entscheidet.

Vor diesem Hintergrund und bedingt durch die Tatsache, dass es sich grundsätzlich als sehr schwierig erweist qualifiziertes Personal für Auswahl- und Beförderungsämter zu finden, schlägt die Regierung vor, die Zulassungsbedingungen zum Amt des Fachbereichsleiters breiter zu formulieren und künftig allen Personalmitgliedern der Autonomen Hochschule, die mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des zweiten Grades (Masterabschluss) verfügen, eine nützliche Berufserfahrung von mindestens 5 Jahren aufweisen und im letzten Beurteilungs- oder Bewertungsbericht mindestens den Vermerk

„gut" erhalten haben, Zugang zum Amt des Fachbereichsleiters zu gewähren. Der Verwaltungsrat stützt sich bei der Auswahl des Kandidaten auf folgende Elemente: die Beurteilungs- und Bewertungsberichte, den vom Bewerber verfassten Strategie- und Aktionsplan, die pädagogische Qualifikation, die Berufserfahrung, das Eignungsprofil und das Bewerbungsgespräch. Sollte sich innerhalb des Personals der Hochschule kein geeigneter Kandidat finden, so wird es dem Verwaltungsrat ermöglicht, die Stelle des Fachbereichsleiters öffentlich auszuschreiben und auf Grundlage der hierüber beschriebenen Kriterien zu vergeben.

In Artikel 55 werden die Zulassungsbedingungen für das Amt des Fachbereichsleiters festgelegt. Das Amt wird vorrangig durch Personalmitglieder bekleidet, die an der Autonomen Hochschule zeitweilig bezeichnet oder definitiv ernannt sind. Kann hochschulintern kein geeigneter Kandidat gefunden werden, wird die Stelle öffentlich ausgeschrieben und durch eine Person besetzt, die die Zulassungsbedingungen erfüllt.

Artikel 56 legt fest, dass der Aufruf in der Hochschule und in jeder anderen angemessenen Form zu veröffentlichen ist. Der Aufruf enthält neben den Zielsetzungen, die während der Mandatszeit verwirklicht werden sollen, auch das Profil des Fachbereichsleiters. Kann hochschulintern kein geeigneter Kandidat gefunden werden, wird der Aufruf zusätzlich in der Presse veröffentlicht.

Artikel 57 legt fest, dass sich der Schulträger bei der Auswahl des Bewerbers auf die Beurteilungs- und Bewertungsberichte, den vom Bewerber verfassten Strategie- und Aktionsplan, die pädagogische Qualifikation, die Berufserfahrung, das Eignungsprofil und das Bewerbungsgespräch stützt.

Artikel 58 passt den Artikel über den Ersatz des Fachbereichsleiters an die neuen Zulassungsbedingen an.

Artikel 59 sieht vor, dass die als Fachbereichsleiter erbrachten Dienste berücksichtigt werden bei der Festlegung des Dienstalters, des Amtsalters und des finanziellen Dienstalters, insofern die Stelle von einem Personalmitglied der Autonomen Hochschule bekleidet wird.

Artikel 60 passt die Besoldungsregelung für den Fachbereichsleiter an.

Artikel 61 hält fest, dass der Fachbereichsleiter, insofern es sich um ein definitiv ernanntes oder auf unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichnetes Personalmitglied der Autonomen Hochschule handelt, nach Beendigung des Mandats erneut sein vorheriges Amt bekleidet.

16. Stundenkapital der Autonomen Hochschule (Artikel 62)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Bei der Gründung der Autonomen Hochschule (AHS) im Jahr 2005 ist das Stundenkapital der Hochschule für eine Dauer von vier Jahren auf dem Niveau der Summe des Stundenkapitals, das den drei ehemaligen Hochschulen (Krankenpflegeschule, Pädagogische Hochschule der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Pädagogische Hochschule Pater Damian) für das Schuljahr beziehungsweise akademische Jahr 2004-2005 gewährt worden ist, eingefroren worden.

Diese Regelung wurde 2009 und 2013 um jeweils weitere vier Jahre verlängert und läuft nach Abschluss des Schuljahres bzw. akademischen Jahres 2016-2017 aus.

Da die Hochschule nicht nur die Erstausbildung organisiert, sondern auch zahlreiche Aufträge im Bereich der Forschung und Weiterbildung erfüllt, kann die Stellenermittlung nicht ausschließlich von der Schüler- beziehungsweise Studentenzahl abhängig gemacht

werden, wie dies bei den ehemaligen Hochschulen in der Vergangenheit der Fall war. Damit die Autonome Hochschule auch im Schuljahr bzw. akademischen Jahr 2017-2018 die Wahrnehmung der Aufträge in Weiterbildung und Forschung gewährleisten kann, schlägt die Regierung vor, die Stellenermittlung an der Autonomen Hochschule auch im kommenden Schuljahr bzw. akademischen Jahr nicht an die eigentliche Studentenzahl zu koppeln, sondern bis auf Weiteres auf dem bisherigen Niveau zu belassen.

Bedingt durch die Aufstockung des Bachelors im Fachbereich Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften von drei auf vier Jahre sowie der entsprechenden zu erwartenden Entwicklungen im Brevet Krankenpflege schlägt die Regierung vor, der Autonomen Hochschule ausschließlich für den Fachbereich Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften zusätzlich zum eingefrorenen Stundenkapital 1,6 Vollzeitstellen zu gewähren.

Parallel erarbeitet eine Arbeitsgruppe bestehend aus dem Direktionsrat der Autonomen Hochschule, Mitgliedern des Ministeriums und der Regierung für das Schuljahr bzw. akademische Jahr 2018-2019 ein Konzept zum Stundenkapital der AHS mit dem Zweck der Hochschule ein langfristiges, stabiles, ihren Aufgaben entsprechendes Stundenkapital zu gewährleisten. Dies alles vor dem Hintergrund der zu erwartenden Konzepte zur zukünftigen Ausrichtung der AHS in den Erstausbildungen.

Artikel 62 verlängert das eingefrorene Stundenkapital der Autonomen Hochschule um ein weiteres Schuljahr bzw. akademisches Jahr und fügt zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben 1,6 Vollzeitstellen zum eingefrorenen Stundenkapital hinzu.

17. Ernennung im Bereich des Verwaltungspersonals im Gemeinschaftsunterrichtswesen (Artikel 63)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Diese Maßnahme ist erforderlich, um Personalmitglieder des Verwaltungspersonals ernennen zu können. Diese Ernennung erfolgt in Abweichung vom anwendbaren Dienstrecht ohne die eigentlich vorgesehene Anwerbungsprüfung ablegen und bestehen zu müssen und ohne ein Praktikum absolvieren zu müssen. Die Maßnahme erfolgt im Sinne der Gleichbehandlung. Sehr wohl muss in Kürze ebenfalls das gesamte Dienstrecht dieser Personalmitglieder überarbeitet werden, damit solche Sachlagen in Zukunft auszuschließen sind.

Vorliegender Artikel ermöglicht die Ernennung von Personalmitgliedern des Verwaltungspersonals im Gemeinschaftsunterrichtswesen durch die Regierung im Oktober 2017. Die Ernennung erfolgt pro Schule. Selbstverständlich müssen die Personalmitglieder neben einem bestimmten Amtsalter alle üblichen Ernennungsbedingungen erfüllen – ausgenommen sind das Bestehen einer Anwerbungsprüfung und eine erfolgreiche Beendigung eines Praktikums. Die Stelle muss natürlich zum Zeitpunkt der Ernennung offen sein.

Wenn zwei Personalmitglieder gleichzeitig in derselben Schule dasselbe Amt ausüben, wird vorrangig das Personalmitglied im Rahmen der dort offenen Stunden ernannt, das das höchste Amtsalter vorweist.

Artikel 63 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 26. Juni 2006 vor.

18. Baremenerhöhung für das Arbeitspersonal (Artikel 64)

Inkrafttreten: 1. Januar 2018

Im Sektorenabkommen 2016-2017 wurde vereinbart, die Gehälter des Arbeitspersonals zum 1. Januar 2018 um 5% zu erhöhen. Durch Anpassung des Dekrets vom 21. Ap-

ril 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs wird vorgeschlagen, diese Maßnahme nun umzusetzen.

Da alle Löhne im Unterrichtswesen am 1. Januar 2019 um 1% erhöht werden (es handelt sich hierbei um die Rücknahme der am 1. Januar 2014 erfolgten Kürzung der Baremen um 1%) werden nicht nur die zum 1. Januar 2018, sondern auch die ab 1. Januar 2019 für das Arbeitspersonal gültigen Baremen angepasst.

Artikel 64 ändert die Anlage II des Dekrets vom 21. April 2008 ab.

19. Stundenkapital des Teilzeit-Kunstunterrichts (Artikel 65)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Da die Regelung für das Stundenkapital der Musikakademie im Schuljahr 2016–2017 endet, muss für die folgenden Schuljahre eine Regelung vorgesehen werden. Die Regierung schlägt daher vor, eine Verlängerung der bestehenden Stundenkapitalregelung für die nächsten vier Schuljahre vorzusehen. Das Stundenkapital, das der Musikakademie bis zum Schuljahr 2016–2017 zur Verfügung stand, wird auch in den folgenden vier Schuljahren, d. h. bis einschließlich 2020–2021, zur Verfügung gestellt. Dies nicht zuletzt, weil die Tätigkeitsberichte der Musikakademie belegen, dass sie ihren 2009 erweiterten Auftrag erfüllt, für den eine insgesamt passende Stundenkapitalregelung beschlossen wurde.

Artikel 65 friert das Stundenkapital der Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft für weitere vier Jahre ein.

20. Zuständigkeit Förderkompetenzzentrum (Artikel 66)

Inkrafttreten: 1. September 2016

Das Zentrum für Förderpädagogik (ZFP) erhielt gemäß den ursprünglichen Bestimmungen des Dekrets vom 27. Juni 1990 12 Viertelstellen zur Beratung, Begleitung und Hilfestellung der Regel- und Förderschulen. Durch die Schaffung des Kompetenzzentrums, dem diese 12 Viertelstellen 2016 zugeführt wurden, wurden die Aufgaben des ZFP und damit auch des Kompetenzzentrums erweitert bzw. klar festgelegt. Mit der vorliegenden Abänderung wird verdeutlicht, dass das ZFP und insbesondere das Kompetenzzentrum nicht nur für die Beratung, Begleitung und Hilfestellung der Regelschulen und der Zentren für Aus- und Weiterbildung zuständig ist, sondern diese Beratung, Begleitung und Hilfestellung in förderpädagogischen Fragen auch auf die Förderschulen anwendbar ist. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass insgesamt 10 der 12 Viertelstellen ursprünglich für die Regelschulen vorgesehen waren und infolgedessen von ihnen zu Gunsten des Kompetenzzentrums abgetreten wurden, weshalb die Beratung auch vornehmlich den Regelschulen zu Gute kommen muss, in denen weniger förderpädagogisches Know-How vorhanden ist, als es bei den Förderschulen der Fall sein sollte. Es wird vorgeschlagen, diese Bestimmung rückwirkend zur Schaffung des Kompetenzzentrums und zur Anpassung der Zuständigkeiten des ZFP zu Beginn des Schuljahres 2016-2017 in Kraft treten zu lassen.

Artikel 66 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 11. Mai 2009 vor.

21. Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung (Artikel 67)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Im Dekret vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung werden die Fälle aufgelistet, in denen eine Bezeichnung als Schulinspektor, als Schulentwicklungsberater oder als Leiter vorzeitig endet. Diese Fälle sollten identisch sein mit denen der anderen Auswahl- und Beförderungsämter (Fachbereichsleiter, Schulleiter, Zweigstellenleiter bei Kaleido-DG, ...). Im Vergleich fehlt jedoch in der Liste der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung die Beendigung der Bezeichnung im Falle eines Bewertungsberichts mit dem Vermerk „ungenügend". Die Regierung schlägt vor, dieses Versäumnis nachzuholen und die Auflistung entsprechend zu ergänzen.

Artikel 67 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 25. Juni 2012 vor.

22. Kaleido-DG

22.1 Zeitversetzter Ersatz bei Kaleido-DG (Artikel 73)

Inkrafttreten: 1. September 2016

Ein Personalmitglied bei Kaleido-DG darf ersetzt werden, sobald es während mindestens sechs Tagen abwesend ist. Der Ersatz endet sobald das abwesende Personalmitglied seinen Dienst wieder aufnimmt. Allerdings gestaltet es sich oft schwierig auf die Schnelle einen geeigneten Ersatz zu finden, insbesondere für recht kurze Zeiträume, z.B. weniger als ein Monat. Die Regierung schlägt vor, die bestehende Regelung – wie bereits für die Autonome Hochschule – nun auch für Kaleido-DG aus diesem Grunde dahingehend anzupassen, dass das abwesende Personalmitglied nicht notwendigerweise während seiner Abwesenheit, sondern zu gleich welchem Zeitpunkt im Laufe des Schuljahres, also selbst nach seiner Rückkehr in den Dienst, für den Zeitraum der Abwesenheit ersetzt werden kann. Dies erweist sich als sinnvoll bedingt durch die flexible Organisationsweise von Kaleido-DG. Wie auch bei der Autonomen Hochschule wird ein rückwirkendes Inkrafttreten zum Beginn des Schuljahres 2016-2017 vorgeschlagen.

Fällt beispielsweise bei Kaleido-DG im September ein Psychologe für einen Zeitraum von vier Wochen wegen Krankheit aus und es kann kein Ersatz für diesen Zeitraum gefunden werden, wird es möglich sein, im März den Ersatz nachzuholen, indem beispielsweise der Ersatzvertrag eines anderen Psychologen bei Bedarf verlängert und so die Kontinuität im Dienst verbessert wird.

Artikel 73 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 31. März 2014 vor.

22.2 Titel der Berater für frühkindliche Entwicklung (Artikel 68 Nummer 1, 70, 71 und 72)

Inkrafttreten: 1. Januar 2018

Die Regierung schlägt vor, das Diplom des Bachelors als Hebamme als Befähigungsnachweis für den frühkindlichen Berater bei Kaleido-DG aufzunehmen. Bisher erhielten nur Inhaber eines Bachelors in Krankenpflege Zugang zu diesem Amt.

Des Weiteren wird vorgeschlagen, die Zusatzausbildung im Umfang von 10 ECTS-Punkten im Bereich der systemischen Beratung nicht länger als Teil des Titels zu definieren, sondern erst als Bedingung zur Erlangung des Vorrangs sowie als Bedingung für eine Ernennung festzulegen.

Bisher mussten Personalmitglieder bei Kaleido-DG im Amt des Beraters für frühkindliche Entwicklung bereits nach spätestens zwei Jahren im Amt eine 10 ECTS-Punkte umfassende Ausbildung im Bereich der systemischen Beratung absolviert haben, um weiter

in diesem Amt bezeichnet werden zu können. Weil diese Ausbildung jedoch nicht in regelmäßigen Abständen organisiert werden kann – zumindest nicht alle zwei Jahre, weil sie sich in der Regel über 1,5 Jahre hinzieht - liefen Personalmitglieder Gefahr, ihre Bezeichnung nach zwei Jahren zu verlieren. Um dies zu vermeiden wird vorgeschlagen, die entsprechende Bestimmung zu streichen.

Die Zusatzausbildung wird fortan erst dann verlangt, wenn das Personalmitglied den Vorrang erlangen oder ernannt werden möchte. Das Zentrum kann demzufolge Bewerber mit dem erforderlichen Diplom einstellen und ihnen die Zusatzausbildung ermöglichen, ohne dass die Bewerber Gefahr laufen, ihre Bezeichnung zu verlieren, wenn sie die Ausbildung innerhalb von zwei Jahren nicht absolvieren können.

Artikel 68 Nummer 1 ändert die Befähigungsnachweise ab, die Zugang zum Amt des Beraters für frühkindliche Entwicklung geben.

Artikel 70 hebt die Bestimmung auf, die besagt, dass die Bezeichnung im Amt des Beraters für frühkindliche Entwicklung von Amts wegen nach zwei Jahren endet, wenn das betreffende Personalmitglied die Zusatzausbildung im Bereich der systemischen Beratung innerhalb dieser Frist nicht erfolgreich bestanden hat.

Artikel 71 passt die Bedingungen an, um im Amt des Beraters für frühkindliche Entwicklung in den Vorrang zu gelangen.

Artikel 72 passt die Bedingungen an, um im Amt des Beraters für frühkindliche Entwicklung ernannt werden zu können.

22.3 Konformitätsbescheinigung bei Kaleido (Artikel 68 Nummer 2)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Die Regierung schlägt vor, die Möglichkeit vorzusehen, dass Bewerber unter Vorlage einer Konformitätsbescheinigung als Ergänzung zu ihrem ausländischen Studiennachweis Zugang zu den Ämtern bei Kaleido-DG erhalten. Die Konformitätsbescheinigung erlaubt den Zugang zu dem jeweiligen Amt auf der Grundlage von Berufsqualifikationen, die in einem anderen Mitgliedstaat erworben wurden.

Deutsche Hebammen beispielsweise verfügen in der Regel nicht über den akademischen Grad eines Bachelors, weil sie eine Ausbildung als Hebamme genossen haben. Ihnen wird über die Anerkennung dieser Berufsqualifikation die Möglichkeit eröffnet, auch in Belgien als Hebamme zu arbeiten, weil sie in Deutschland auch als solche arbeiten dürfen. Auf der Grundlage einer Konformitätsbescheinigung könnten sie somit auch Zugang zum Amt des Beraters für frühkindliche Entwicklung bei Kaleido erhalten.

Artikel 68 Nummer 2 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 31. März 2014 vor.

22.4 Übertragung des ungenutzten Stellenkapitals der Direktion auf allgemeines Stellenkapital (Artikel 75)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Kaleido-DG steht ein gesondertes Stellenkapital für Koordinatoren zur Verfügung. Lassen sich ein oder mehrere Koordinatoren beurlauben, werden sie nicht für den Teil der Beurlaubung ersetzt und das verbleibende Stellenkapital bleibt ungenutzt.
Die Regierung schlägt vor, die Möglichkeit zu schaffen, überschüssiges Stellenkapital für Koordinatoren aufgrund von Beurlaubungen zur Beschäftigung von zusätzlichem Per-

sonal in den Anwerbungsämtern zu verwenden. Allerdings können keine Personalmitglieder in dieses übertragene Stellenkapital ernannt werden.

Lassen sich beispielsweise zwei Koordinatoren um jeweils ein Fünftel beurlauben, kann für das betreffende Schuljahr für den entsprechenden Stundenumfang beispielsweise ein Sozialassistent zusätzlich beschäftigt werden.

Artikel 75 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 31. März 2014 vor.

22.5 Lockerung Weiterbildungsverpflichtung für Sachbearbeiter (Artikel 69)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Alle Personalmitglieder von Kaleido-DG sind berechtigt und verpflichtet, sich an mindestens fünf Tagen pro Schuljahr weiterzubilden. Diese Weiterbildungsverpflichtung wird im Rahmen der Ermittlung der Titel und Verdienste berücksichtigt. Diese Weiterbildungsverpflichtung erweist sich allerdings für die Sachbearbeiter als nicht erfüllbar, weil Weiterbildungsbedarf und -angebote in diesem Tätigkeitsfeld deutlich weniger vielfältig ausfallen als beispielsweise im Tätigkeitsfeld der Psychologen. Infolgedessen schlägt die Regierung vor, die Sachbearbeiter von der fünftägigen Weiterbildungspflicht zu befreien. Ihre Weiterbildungsbemühungen werden infolgedessen unabhängig von der Anzahl Weiterbildungen bei der Ermittlung der Titel und Verdienste berücksichtigt.

Artikel 69 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 31. März 2014 vor.

22.6 Anpassung des Auftrags der Krankenpfleger (Artikel 74)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Nachdem bei Kaleido-DG die ersten Beurteilungen auf der Grundlage der im Dekret festgelegten Aufträge durchgeführt wurden, hat sich im Rahmen der Beurteilung der Krankenpfleger herausgestellt, dass die Auftragsbeschreibung der tatsächlichen Berufspraxis der Krankenpfleger bei Kaleido-DG anzupassen ist.

Infolgedessen schlägt die Regierung vor, zunächst die Zuständigkeit für schulische Gesundheitsuntersuchungen und Vorsorgeuntersuchungen sowohl in den Räumlichkeiten von Kaleido, als auch in den Schulen und/oder Vorsorgestellen und bei Bedarf im Rahmen von Hausbesuchen zu präzisieren. Hierdurch können Krankenpfleger bei Bedarf auch im Rahmen der frühkindlichen Vorsorgeuntersuchungen eingesetzt werden. Ferner schlägt die Regierung vor, die Durchführung prophylaktischer Maßnahmen im Falle ansteckender Krankheiten aufgrund ihrer Bedeutung als gesonderte Aufgabe zu definieren.

Die Zuständigkeit für Erste-Hilfe-Maßnahmen wird als Auftrag gestrichen, weil es diesbezüglich zu Missverständnissen kam. Zwar werden die Krankenpfleger von Kaleido-DG bei einem Notfall selbstverständlich Erste-Hilfe-Maßnahmen leisten, allerdings sind sie nicht bei Erste-Hilfe-Bedarf erster Ansprechpartner der Einrichtungen. Stattdessen wird die Sensibilisierung für gesundheitsfördernde Maßnahmen als Aufgabe in die Beschreibung aufgenommen.

Artikel 74 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 31. März 2014 vor.

Der Minister für Bildung
und wissenschaftliche Forschung

H. MOLLERS

DEKRETENTWURF

Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2017

KAPITEL 1 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. APRIL 1958 ÜBER DAS BESOLDUNGSSTATUT DES LEHR- UND WISSENSCHAFTLICHEN SOWIE DES IHM GLEICHGESTELLTEN PERSONALS DES MINISTERIUMS DES UNTERRICHTSWESENS

Art. 1 **-** Artikel 17 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr-und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1.Folgender Paragraf 4.1 wird eingefügt:

„§4.1 – Bei Personalmitgliedern, die ein Auswahl- oder Beförderungsamt bekleiden, werden die ab dem Alter von 20, 21, 22, 23 oder 24 Jahren im Rahmen eines Arbeitsvertrags bei einem privaten Arbeitgeber im In- oder Ausland geleisteten effektiven Dienste sowie die als Selbständiger oder Freiberufler geleisteten Dienste berücksichtigt.

Teilzeitige Beschäftigungsverhältnisse werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet."

2. In Paragraf 5, eingefügt durch das Dekret vom 19. März 2012 und abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird die Wortfolge „2 und 4" durch die Wortfolge „2, 4 und 4.1" ersetzt.

Art. 2 **-** In Titel II Kapitel II desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 40ter eingefügt:

„In Abweichung von Artikel 17bis erfolgt die Anerkennung der in Artikel 17 §4.1 Absatz 1 angeführten Dienste bei Personalmitgliedern, die am 31. August 2017 ein Auswahl- oder Beförderungsamt bekleiden, zum 1. September 2016, insofern ein datierter und unterzeichneter Antrag mitsamt den erforderlichen Dienstbescheinigungen bei der Unterrichtsverwaltung eingereicht wird."

KAPITEL 2 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 2. OKTOBER 1968 ZUR FESTLEGUNG UND EINTEILUNG DER ÄMTER DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND DES SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER ÄMTER DER PERSONALMITGLIEDER DES INSPEKTIONSDIENSTES BEAUFTRAGT MIT DER AUFSICHT DIESER EINRICHTUNGEN

Art. 3 – In Artikel 7 Buchstabe a) des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozial-psychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird folgende Nummer 9 eingefügt:

„9. Förderpädagogischer Koordinator in der Förderschule;"

KAPITEL 3 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER VON

DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE SOWIE DER PERSONALMITGLIEDER DES MIT DER AUFSICHT ÜBER DIESE EINRICHTUNGEN BEAUFTRAGTEN INSPEKTIONSDIENSTES

Art. 4 - Artikel 16 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe a), ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

„a) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;";

2. In Absatz 1 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird folgender Buchstabe g) eingefügt:

„g) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen bekleidet, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden;"

3. In Absatz 6, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort „dürfen" und die Wortfolge „im Amt" die Wortfolge „im Amt des förderpädagogischen Koordinators," eingefügt.

Art. 5 – In Artikel 17 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird folgender Satz eingefügt:

„Möchte der Bewerber seinen Vorrang im Amt des förderpädagogischen Koordinators geltend machen, werden ebenfalls die Diensttage in einem anderen Amt einer anderen Kategorie, für das er den erforderlichen Befähigungsnachweis hat, berücksichtigt."

Art. 6 – Artikel 39 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe a), ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

„a) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;"

2. In Absatz 1 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Buchstabe g) eingefügt:

„g) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen bekleidet, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden;"

3. In Absatz 3, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen dem Wort „Regelgrundschulwesen" und die Wortfolge „ernennen lassen möchten" folgende Wortfolge „oder im Amt des förderpädagogischen Koordinators" eingefügt;

4. In Absatz 5, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort „dürfen" und die Wortfolge „im Amt" die Wortfolge „im Amt des förderpädagogischen Koordinators," eingefügt;

Art. 7 – In Artikel 41 Absatz 3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen dem Wort „Regelgrundschulwesen" und der Wortfolge „ernannt worden sind" die Wortfolge „oder im Amt des förderpädagogischen Koordinators" eingefügt.

Art. 8 –Artikel 91octies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „Artikel 168 Nummer 2" durch die Wortfolge „Artikel 168" ersetzt;
2. in §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „Die Bestimmungen von §1" durch die Wortfolge „Paragraf 1 des vorliegenden Artikels, Artikel 91septies §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3-5 und Artikel 169 Nummern 2-4" ersetzt.

Art. 9 - Artikel 91decies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Wortfolge „Während der Bezeichnung als Fachbereichsleiter erhält er" durch die Wortfolge „Während der Ausübung des Amtes erhält der Fachbereichsleiter" ersetzt;
2. In §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „ein Personalmitglied" durch die Wortfolge „ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, " ersetzt.

Art. 10 - In Artikel 91viciester Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Wortfolge „Artikel 91octies §1 Absatz 1" durch die Wortfolge „Artikel 91octies §1 Absatz 1 und §2 Absatz 1" ersetzt.

Art. 11 – Artikel 121septies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „Artikel 168 Nummer 2" durch die Wortfolge „Artikel 168" ersetzt;
2. in §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „Paragraph 1 gilt" durch die Wortfolge „Paragraf 1 des vorliegenden Artikels, Artikel 121sexies §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3-5 und Artikel 169 Nummern 2-4 gelten" ersetzt.

Art. 12 – Artikel 121nonies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absätze 2, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, und 3, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird jeweils die Wortfolge „Bezeichnung" durch die Wortfolge „Ausübung seines Amtes" ersetzt;
2. In §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „Handelt es sich um ein Personalmitglied" durch die Wortfolge „Wird ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als Schulleiter bezeichnet" ersetzt.

Art. 13 - In das Kapitel XIbis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 169undecies eingefügt:

„Art. 169undecies – Artikel 16 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe g) und Artikel 39 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe g) finden keine Anwendung auf Personalmitglieder, die am 31. August 2017 der in Artikel 17 angeführten Vorrangsregelung für das Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen genügen."

KAPITEL 4 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. APRIL 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ERFORDERLICHEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISE DER MITGLIEDER DES

DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND DES SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER EINRICHTUNGEN DES STAATLICHEN VOR-, PRIMAR-, FÖRDER- UND MITTELSCHULWESENS, DES TECHNISCHEN UNTERRICHTS, DES KUNSTUNTERRICHTS UND DES NORMALSCHULWESENS UND DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE

Art. 14 – In Artikel 14 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird folgende Nummer 9 eingefügt:

„9. Förderpädagogischer Koordinator im Förderschulwesen:

9.1. Der Betreffende erfüllt folgende Bedingungen:

9.1.1. Inhaber eines der folgenden Studiennachweise sein:

9.1.1.1. Diplom eines Primarschullehrers,

9.1.1.2. Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts,

9.1.1.3. Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts,

9.1.1.4. Graduat oder Bachelor als Erzieher,

9.1.1.5. Lizenz oder Master in Erziehungswissenschaften,

9.1.1.6. Lizenz oder Master in Psychopädagogik,

9.1.1.7. Lizenz oder Master in Pädagogik,

9.1.1.8. Lizenz oder Master in Psychologie,

9.1.1.9. Lizenz, Master, Graduat oder Bachelor als Logopäde,

9.1.1.10. Graduat oder Bachelor als Ergotherapeut,

9.1.1.11. Graduat oder Bachelor als Sozialassistent,

9.1.2. ergänzt durch eine Zusatzausbildung in Förderpädagogik in einem Umfang von mindestens 15 ECTS; dies gilt nicht für die in den Nummern 9.1.1.9 und 9.1.1.10 angeführten Studiennachweise,

9.1.3. ergänzt durch zwei Jahre Berufserfahrung, die in einer Förderschule oder einer Einrichtung zur Betreuung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im In- oder Ausland erbracht wurden; zur Ermittlung der beiden Jahre werden Kalender- und/oder Schuljahre berücksichtigt, in denen das Personalmitglied mindestens halbzeitig in der jeweiligen Einrichtung beschäftigt war, oder

9.2. Lizenz oder Master in Förder-, Heil- oder Orthopädagogik oder ein Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird. Als erforderlicher Befähigungsnachweis gilt ebenfalls jedes Diplom, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens des zweiten Grades ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des Förderpädagogischen Koordinators im Förderschulwesen im Zusammenhang stehen. Die Regierung entscheidet in diesem Fall auf der Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt."

Art. 15 – Artikel 15 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„2. Krankenpfleger:

a) Graduat oder Bachelor in Krankenpflege,

b) Brevet in Krankenpflege.„

Art. 16 – In Artikel 17.1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 5. Mai 2014, wird die Zahl „2017" durch die Zahl „2019" ersetzt.

Art. 17 - In Artikel 17.2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird die Zahl „2017" durch die Zahl „2019" ersetzt.

KAPITEL 5 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 25. OKTOBER 1971 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PRIMARSCHULLEHRER, LEHRER UND INSPEKTOREN FÜR KATHOLISCHE, PROTESTANTISCHE, ISRAELITISCHE, ORTHODOXE, ISLAMISCHE UND ANGLIKANISCHE RELIGION IN DEN LEHRANSTALTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Art. 18 – Buchstabe A) §3 Buchstabe f) des Anhangs des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt ersetzt:

„f) ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer vom Kultusträger anerkannten und mindestens 130 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in katholischer Religion;"

KAPITEL 6 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 1990 ZUR BESTIMMUNG DER WEISE, WIE DIE DIENSTPOSTEN FÜR DAS PERSONAL IM FÖRDERSCHULWESEN FESTGELEGT WERDEN

Art. 19 – Artikel 5quater des Dekrets vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird aufgehoben.

Art. 20 **-** In Artikel 5quinquies desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und ersetzt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Der Direktor des Zentrums für Förderpädagogik kann in Anwendung von Artikel 25.1 maximal den Gegenwert einer Vollzeitstelle des gemäß Absatz 1 gewährten Stellenkapitals verwenden, um Honorarkräfte einzustellen."

Art. 21 **-** Artikel 34.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Januar 2012 und aufgehoben durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt wieder eingesetzt:

„Art. 34.2 - Unterstützung der Förderung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Förderschulen

§1 – Zur Unterstützung der förderdiagnostischen Befähigung und zur Erweiterung der förderpädagogischen Kompetenzen in den Förderschulen werden dem Förderschulwesen 16 Viertelstellen zur Verfügung gestellt.

Jeder Schulträger des Förderschulwesens erhält eine bestimmte Anzahl Viertelstellen, die gemäß folgender Formel berechnet wird:

$$\frac{A \times B}{C}$$

A = Anzahl der gemäß Absatz 1 dem Förderschulwesen zur Verfügung gestellten Viertelstellen

B = Anzahl Schüler in den Förderschulen des Schulträgers

C = Gesamtanzahl Schüler in den Förderschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Entspricht die erste Dezimalzahl einem Wert, der kleiner ist als 5, wird auf die nächste Viertelstelle abgerundet. Ab einem Wert von 5 wird auf die nächste Viertelstelle aufgerundet.

§2 - Stichtag für die Berechnung ist der letzte Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres.

§3 - Folgende Schülerzahlen werden zusammengerechnet:
1. die Anzahl regulärer Vorschüler, die während des Monats Januar an mindestens fünf Schultagen halbtags anwesend waren;
2. die Anzahl regulärer Primarschüler;
3. die Anzahl regulärer Sekundarschüler.

§4 - Das gemäß den §§1 bis 3 ermittelte Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

§5 - Das gemäß den §§1 bis 3 ermittelte Stellenkapital wird vom Schulträger verwendet, um förderpädagogische Koordinatoren im Förderschulwesen zeitweilig zu bezeichnen bzw. einzustellen oder definitiv zu ernennen bzw. einzustellen.

Das Stellenkapital wird dem gemäß Artikel 5ter ermittelten Stellenkapital hinzugefügt.

§6- Der Schulleiter kann in Anwendung von Artikel 25.1 maximal den Gegenwert einer Viertelstelle des gemäß §§1-5 gewährten Stellenkapitals verwenden, um spezifische Weiterbildungsmaßnahmen oder Coachings zur Unterstützung des Schulpersonals zu finanzieren, wobei der in Artikel 25.1 §2 Absatz 1 angeführte Teiler 38 beträgt."

Art. 22 – In Artikel 53bis §1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. Oktober 2000 und ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird folgender Absatz 2 eingefügt:
„In Abweichung von Absatz 1 darf das in Artikel 34.2 angeführte Stellenkapital nicht übertragen werden."

Art. 23 – In Artikel 53ter §7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 17. Mai 2004, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird die Zahlenfolge „2016-2017" durch die Zahlenfolge „2019-2020" ersetzt.

Art. 24 – In das Kapitel IVter desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 17. Mai 2004 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgender Artikel 53quinquies eingefügt:
„Art. 53quinquies – In Abweichung von Artikel 34.2 entspricht das Stellenkapital, um förderpädagogische Koordinatoren im Förderschulwesen zeitweilig zu bezeichnen bzw. einzustellen oder definitiv zu ernennen bzw. einzustellen, für die Schuljahre 2017-2018 und 2018-2019 dem Stellenkapital, das der jeweiligen Förderschule für das Schuljahr 2015-2016 in Anwendung von Artikel 5quater gewährt worden ist.

Während der Schuljahre 2017-2018 und 2018-2019 versteht man unter dem in Artikel 34.2 §6 angeführten Stellenkapital das vorangehenden Absatz angeführte Stellenkapital."

KAPITEL 7 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. AUGUST 1998 ÜBER DEN AUFTRAG AN DIE SCHULTRÄGER UND DAS SCHULPERSONAL SOWIE ÜBER DIE ALLGEMEINEN PÄDAGOGISCHEN UND ORGANISATORISCHEN BESTIMMUNGEN FÜR DIE REGEL- UND FÖRDERSCHULEN

Art. 25 - Artikel 93.59 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird die Wortfolge „infolge der Kontrollen" gestrichen;
2. Paragraf 1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 - Trifft die Kommission in Anwendung von Artikel 93.58 §3 die Entscheidung, dass der Hausunterricht nicht fortgeführt werden kann, erfolgt zwingend eine Einschreibung in eine Schule, die von der Deutschsprachigen, Französischen oder Flämischen Gemeinschaft oder von einer Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaates der Europäischen Union organisiert, subventioniert oder anerkannt ist. Die Kommission schätzt das erreichte Kompetenzniveau und stellt aufgrund des Gutachtens der Schulinspektion und mit dem Einverständnis des in Artikel 93.49 §1 Absatz 1 Nummer 3 angeführten Mitglieds eine Zulassungsbescheinigung zum Förderort, zur Studienform, zur Studienrichtung und zum Studienjahr aus, mit Ausnahme des sechsten und siebten Jahres des Sekundarunterrichts. Wird die Zulassungsbescheinigung für eine Förderschule ausgestellt, liegt zusätzlich das in Artikel 93.7 angeführte Gutachten vor.

Die Kommission teilt ihre Entscheidung den Erziehungsberechtigten per Einschreiben und der Schulinspektion per einfachem Schreiben innerhalb von 15 Werktagen nach Erhalt des Schreibens der Schulinspektion mit.

Sind die Erziehungsberechtigten mit der Entscheidung nicht einverstanden, können sie innerhalb von acht Tagen Einspruch bei der Regierung erheben, wenn die Zulassungsbescheinigung für eine Regelschule ausgestellt worden ist, und beim Vorsitzenden des Förderausschusses, wenn die Zulassungsbescheinigung für eine Förderschule ausgestellt worden ist. Der Einspruch wird per Einschreiben oder per Aushändigung mit Empfangsbestätigung eingereicht. Das Datum des Poststempels oder der Empfangsbestätigung ist maßgebend. Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung.

Die Regierung bzw. der Förderausschuss teilt den Erziehungsberechtigten per Einschreiben und dem Vorsitzenden der Hausunterrichtskommission per einfachem Schreiben seine mit Gründen versehene Entscheidung innerhalb einer Frist von 20 Werktagen nach dem Datum des Einspruchs schriftlich mit.

Sind die Erziehungsberechtigten mit der Entscheidung des Förderausschusses nicht einverstanden, teilen sie dies dem Vorsitzenden des Förderausschusses innerhalb einer Frist von 14 Werktagen nach Versand des Einschreibens, das die Entscheidung beinhaltet, schriftlich mit. Dieser verweist dann die Angelegenheit an den zuständigen Jugendrichter. Das in Artikel 93.28 angeführte Verfahren findet Anwendung.

Die Regierung legt die Form der Zulassungsbescheinigung fest."

3. Folgender §1.1 wird eingefügt:

„§1.1 – Treffen die Erziehungsberechtigten die Entscheidung ihr schulpflichtiges Kind, das im Hausunterricht beschult wird, in eine von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte oder subventionierte Schule einzuschreiben, kann die Hausunterrichtskommission falls erforderlich eine Zulassungsbescheinigung in Anwendung von §1 ausstellen, wobei unter dem in §1 Absatz 2 angeführte Schreiben der Schulinspektion der Antrag der Erziehungsberechtigten zu verstehen ist."

Art. 26 – Artikel 98 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird zu Paragraf 1;
2. In Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 wird die Wortfolge „Absatz 1" durch die Wortfolge „§1" ersetzt;
3. Die Absätze 2 und 3, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2010, werden zu Paragraf 2;
4. Absatz 4, eingefügt durch das Dekret vom 16. Januar 2012 und ersetzt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird zu Paragraf 3
5. In denselben Artikel wird folgender Paragraf 4 eingefügt:

„§4– In Abweichung von §1 umfasst der Auftrag des förderpädagogischen Koordina-

tors im Förderschulwesen folgende Aufgaben:

1. Beratung und Unterstützung der Lehrpersonen bei der Durchführung des Unterrichtes oder zielgerichteter Differenzierungs- oder Fördermaßnahmen für einzelne Schüler oder Schülergruppen, eventuell Teamteaching;
2. Beobachtungen von Unterricht, einzelnen Schülern und Schülergruppen;
3. Koordinierung der internen und externen Hilfen und der Elternkontakte;
4. Vorbereitung und Einführung von speziellen Materialien oder Vorgehensweisen, die die Lehrpersonen und/oder Schüler in der Folge selbstständig nutzen können;
5. Gesamtkoordination der förderpädagogischen Maßnahmen an der jeweiligen Schule;
6. Sichtung und Erstellung eines Katalogs für Fördermaterial;
7. Förderung der Zusammenarbeit mit den anderen am Campus gelegenen Einrichtungen;
8. Punktuelle Unterstützung im Falle von Weiterbildungen des Personals;
9. Arbeit mit Kindern;
10. Das Führen von individuellen Verlaufsdokumentationen der Schüler in Kooperation mit dem Klassenleiter und /oder den Therapeuten (Förderportfolio);
11. Teilnahme an regelmäßigen Treffen mit Partnerorganisationen, insbesondere Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, aber auch u.a. der Jugendhilfedienst, der Jugendgerichtsdienst, therapeutische Einrichtungen;
12. Teilnahme an Teamversammlungen und Konferenztagen, Supervision, Weiterbildung, Klassenräten, wenn erforderlich.

Förderpädagogische Koordinatoren haben keine Weisungsbefugnis den Klassenlehrern gegenüber.

Es ist dem förderpädagogischen Koordinator im Förderschulwesen untersagt, im Rahmen seiner Tätigkeit ein anderes Personalmitglied der Kategorie Direktions- und Lehrpersonal zu ersetzen."

Art. 27 – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgendes Kapitel X.1 eingefügt:
„KAPITEL X.1 – WOCHENARBEITSZEIT"

Art. 28 – In das Kapitel X.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 103.1 eingefügt:
„Art. 103.1 – Wochenarbeitszeit des förderpädagogischen Koordinators im Förderschulwesen

Die Dienstleistungen, die der förderpädagogische Koordinator im Förderschulwesen erbringt, belaufen sich bei einer Vollzeitbeschäftigung pro Woche durchschnittlich auf 38 Stunden zu 60 Minuten. Der Durchschnitt wird innerhalb einer Referenzperiode von vier Monaten ermittelt. Der förderpädagogische Koordinator leistet effektiv mindestens 19 Wochenstunden zu 60 Minuten bei einem Schulträger.

Die wöchentliche Arbeitszeit darf in keinem Fall 50 Stunden überschreiten."

KAPITEL 8 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 14. DEZEMBER 1998 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTRUMS

Art. 29 – Artikel 33 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe a), ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt:

„a) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;";

2. In Absatz 1 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird folgender Buchstabe g) eingefügt:

„g) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen bekleidet, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden;"

3. In Absatz 6, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort „dürfen" und die Wortfolge „im Amt" die Wortfolge „im Amt des förderpädagogischen Koordinators," eingefügt.

Art. 30 – In Artikel 35 §1 Absatz 2 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird folgender Satz eingefügt:

„Möchte der Bewerber seinen Vorrang im Amt des förderpädagogischen Koordinators geltend machen, werden ebenfalls die Diensttage in einem anderen Amt einer anderen Kategorie, für das er den erforderlichen Befähigungsnachweis hat, berücksichtigt."

Art. 31 – Artikel 49 §1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe a), ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt:

„a) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;"

2. In Absatz 1 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Buchstabe g) eingefügt:

„g) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen bekleidet, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden;"

3. In Absatz 3, eingefügt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort „Regelgrundschulwesen" und die Wortfolge „ernennen lassen möchten" folgende Wortfolge „oder im Amt des förderpädagogischen Koordinators" eingefügt;

4. In Absatz 5, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 5. Mai 2014 und vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort „dürfen" und die Wortfolge „im Amt" die Wortfolge „im Amt des förderpädagogischen Koordinators," eingefügt;

Art. 32 – In Artikel 53 Absatz 4 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort „Regelgrundschulwesen" und die Wortfolge „definitiv eingestellt worden sind" die Wortfolge „oder im Amt des förderpädagogischen Koordinators" eingefügt.

Art. 33 – Artikel 62.7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 1 wird die Zahl „78" durch die Wortfolge „79, 80 Absatz 1 Nummer 2" ersetzt;

2. in §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „Die Bestimmungen von §1" durch die Wortfolge „§1 des vorliegenden Artikels, Artikel 62.6 §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3-5 und Artikel 80 mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 1" ersetzt.

Art. 34 - Artikel 62.9 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Wortfolge „Während der Einstellung als Fachbereichsleiter erhält dieser" durch die Wortfolge „Während der Ausübung des Amtes erhält der Fachbereichsleiter" ersetzt;

2. In §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „ein Personalmitglied" durch die Wortfolge „ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv eingestellt ist, " ersetzt.

Art. 35 - In Artikel 62.21 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Wortfolge „Artikel 62.7 §1 Absatz 1" durch die Wortfolge „Artikel 62.7 §1 Absatz 1 und §2 Absatz 1" ersetzt.

Art. 36 – Artikel 69.6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 1 wird die Zahl „78" durch die Wortfolge „79, 80 Absatz 1 Nummer 2" ersetzt;

2. in §2 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird die Wortfolge „Paragraph 1 gilt" durch die Wortfolge „Paragraf 1 des vorliegenden Artikels, Artikel 69.5 §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3-5 und Artikel 80 mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 1 gelten" ersetzt.

Art. 37 – Artikel 69.8 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absätze 1, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, und 2, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird jeweils die Wortfolge „Einstellung" durch die Wortfolge „Ausübung seines Amtes" ersetzt;

2. In §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „Handelt es sich um ein Personalmitglied" durch die Wortfolge „Wird ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv eingestellt ist, als Schulleiter bezeichnet" ersetzt.

Art. 38 - In den Titel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 119.10 eingefügt:

„Art. 119.10 – Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe g) und Artikel 49 §1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe g) finden keine Anwendung auf Personalmitglieder, die am 31. August 2017 der in Artikel 35 angeführten Vorrangsregelung für das Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen genügen."

KAPITEL 9 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 2001 ÜBER BESONDERE MASSNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN LEHRÄMTERN UND ÜBER DIE ANPASSUNG DES BESOLDUNGSSTATUTS

Art. 39 - In Artikel 1 des Dekrets vom 25. Juni 2001 über besondere Maßnahmen im Zusammenhang mit den Lehrämtern und über die Anpassung des Besoldungsstatuts wird die Wortfolge „Vollzeitsekundarschulwesen, Teilzeitsekundarschulwesen oder in der schulischen Weiterbildung" durch die Wortfolge „Unterrichtswesen" ersetzt.

Art. 40 - In Artikel 5 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird die Wortfolge „Grundschulwesen, im Vollzeitsekundarschulwesen, im Teilzeitsekundarschulwesen und in der schulischen Weiterbildung" durch das Wort „Unterrichtswesen" ersetzt.

KAPITEL 10 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 30. JUNI 2003 ÜBER DRINGENDE MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2003

Art. 41 – In Artikel 11.4 des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Die Krankheitstage, die ein Personalmitglied in den sechs Wochen vor der Entbindung in Anspruch nimmt, werden im Falle einer darauffolgenden Arbeitswiederaufnahme nicht in den postnatalen Mutterschaftsurlaub übertragen. In diesem Fall werden diese Tage nicht von der dem Personalmitglied zur Verfügung stehenden Anzahl Krankheitstage abgezogen. Bei Mehrlingsgeburten beträgt die Zeitspanne acht Wochen."

KAPITEL 11 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 29. MÄRZ 2004 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DER OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 42 – Artikel 20 §1 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe a), ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt:

„a) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;";

2. In §1 Absatz 1 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird folgender Buchstabe f) eingefügt:

„f) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen bekleidet, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden;"

3. Absatz 5, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort „dürfen" und die Wortfolge „im Amt" die Wortfolge „im Amt des förderpädagogischen Koordinators," eingefügt.

Art. 43 – In Artikel 22 Absatz 2 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird folgender Satz eingefügt:

„Möchte der Bewerber seinen Vorrang im Amt des förderpädagogischen Koordinators geltend machen, werden ebenfalls die Diensttage in einem anderen Amt einer anderen Kategorie, für das er den erforderlichen Befähigungsnachweis hat, berücksichtigt."

Art. 44 – Artikel 37 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe a), ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt:

„a) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;"

2. In Absatz 1 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Buchstabe f) eingefügt:

„f) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen bekleidet, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre, der von einer Hochschule in der

Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden;"

3. In Absatz 3, eingefügt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort „Regelgrundschulwesen" und der Wortfolge „ernennen lassen möchten" die Wortfolge „oder im Amt des förderpädagogischen Koordinators" eingefügt;

4. In Absatz 6, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 5. Mai 2014 und vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort „dürfen" und die Wortfolge „im Amt" die Wortfolge „im Amt des förderpädagogischen Koordinators," eingefügt;

Art. 45 – In Artikel 41 Absatz 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort „Regelgrundschulwesen" und die Wortfolge „ernannt worden sind" die Wortfolge „oder im Amt des förderpädagogischen Koordinators" eingefügt.

Art. 46 –Artikel 56.6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 1 wird die Zahl „76" durch die Zahl „77" ersetzt;

2. in §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „Die Bestimmungen von §1" durch die Wortfolge „Paragraf 1 des vorliegenden Artikels, Artikel 56.5 §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3-5 und Artikel 78 mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 1" ersetzt.

Art. 47 - Artikel 56.8 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Wortfolge „Während der Bezeichnung als Leitender Verwaltungssekretär erhält" durch die Wortfolge „Während der Ausübung des Amtes erhält der Leitende Verwaltungssekretär" ersetzt;

2. In §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „ein Personalmitglied" durch die Wortfolge „ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, " ersetzt.

Art. 48 – Artikel 64.6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 1 wird die Zahl „76" durch die Zahl „77" ersetzt;

2. in §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „§1" durch die Wortfolge „Paragraf 1 des vorliegenden Artikels, Artikel 64.5 §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3-5 und Artikel 78 mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 1" ersetzt.

Art. 49 - Artikel 64.8 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Wortfolge „Während der Bezeichnung als Leiter einer Kunstakademie erhält dieser" durch die Wortfolge „Während der Ausübung des Amtes erhält der Leiter einer Kunstakademie" ersetzt;

2. In §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „ein Personalmitglied" durch die Wortfolge „ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, " ersetzt.

Art. 50 – Artikel 64.17 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 1 wird die Zahl „76" durch die Zahl „77" ersetzt;

2. in §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „§1 gilt" durch die Wortfolge „Paragraf 1 des vorliegenden Artikels, Artikel 64.16 §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3-5 und Artikel 78 mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 1 gelten" ersetzt.

Art. 51 – Artikel 64.19 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absätze 1 und 2 wird die Wortfolge „Bezeichnung" durch die Wortfolge „Ausübung seines Amtes" ersetzt;
2. In §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „ein Personalmitglied" durch die Wortfolge „ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als Schulleiter bezeichnet" ersetzt.

Art. 52 - In das Kapitel XIV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 111decies eingefügt:

„Art. 111decies – Artikel 20 §1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe g) und Artikel 37 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe g) finden keine Anwendung auf Personalmitglieder, die am 31. August 2017 der in Artikel 22 angeführten Vorrangsregelung für das Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen genügen."

KAPITEL 12 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 2005 ZUR SCHAFFUNG EINER AUTONOMEN HOCHSCHULE

Art. 53 – Artikel 5.15 §1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe a) des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt:

„a) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;"

Art. 54 – Artikel 5.31 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe a) desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt:

„a) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;"

Art. 55 - Artikel 5.83 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 24. September 2013, wird wie folgt ersetzt:

„Artikel 5.83 – Zulassungsbedingungen

Ausschließlich ein Personalmitglied der Hochschule darf dieses Amt bekleiden, wenn es:

1. die in Artikel 5.15 Absatz 1 angeführten Bedingungen mit Ausnahme von Nummer 5 und Nummer 8 entspricht;
2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des zweiten Grades verfügt;
3. eine nützliche Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren hat;
4. im letzten Beurteilungs- oder Bewertungsbericht mindestens den Vermerk „gut" erhalten hat; liegt kein Bericht vor, gilt vorliegende Bedingung als erfüllt;
5. die Bewerbung in der Form und der Frist eingereicht hat, die im Aufruf an die Bewerber festgesetzt sind.

Die in Absatz 1 Nummer 3 angeführte nützliche Berufserfahrung ist im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit zu erbringen, die in Zusammenhang mit dem ausgeübten Amt steht. Teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet.

Kann das Amt nicht mit einem Personalmitglied der Hochschule besetzt werden, darf es von einer Person bekleidet werden, die die in Absatz 1 angeführten Bedingungen erfüllt."

Art. 56 - Artikel 5.84 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Der Schulträger veröffentlicht per Aushang in der Hochschule sowie in jeder anderen angemessenen Form einen Bewerbungsaufruf. Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Fachbereichsleiters und die Zielsetzungen, die während der Mandatszeit verwirklicht werden sollen. Wird von der in Artikel 5.83 Absatz 3 angeführten Möglichkeit Gebrauch gemacht, wird der Aufruf zusätzlich in der Presse veröffentlicht.";

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „vom Personalmitglied" gestrichen.

Art. 57 - Artikel 5.85 Absatz 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Er stützt sich unter anderem auf die Beurteilungs- und Bewertungsberichte, auf den Strategie- und Aktionsplan des Bewerbers, auf die pädagogische Qualifikation, auf die Berufserfahrung, auf das Eignungsprofil und auf ein Bewerbungsgespräch."

Art. 58 - In Artikel 5.87 §1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird die Wortfolge „Nummer 3" durch die Wortfolge „Nummer 5" ersetzt.

Art. 59 - In Artikel 5.89 desselben Dekrets wird das Wort „werden" durch die Wortfolge „werden, insofern es sich um ein Personalmitglied der Hochschule handelt," ersetzt.

Art. 60 - Artikel 5.90 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „das Personalmitglied neben seinem Gehalt als Dozent zusätzlich" durch die Wortfolge „der Fachbereichsleiter ein Gehalt in Anwendung von Titel II-II.2 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs, erhöht um";
2. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz eingefügt:
   „Wird ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als Fachbereichsleiter bezeichnet, bezieht es in Abweichung von Absatz 1 weiterhin sein Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird: P = X-M
   P = die Prämie
   X = das in Absatz 1 angeführte Gehalt
   M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.
3. In den Absätzen 2,3 und 4, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, die zu den Absätzen 3, 4 und 5 werden, wird das Wort „Prämie" durch die Wortfolge „in Absatz 3 und 4 angeführten Prämie" ersetzt.

Art. 61 - In Artikel 5.91 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Personalmitglied nach Beendigung des Mandats erneut sein Amt als Dozent" durch die Wortfolge „Personalmitglied, insofern es sich um ein definitiv ernanntes oder auf unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichnetes Personalmitglied der Hochschule handelt, nach Beendigung des Mandats erneut sein vorheriges Amt".

Art. 62 - Artikel 6.7 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 3, ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird die Zahlenfolge „2016-2017" durch die Zahlenfolge„2017-2018" ersetzt;
2. In §1 Absatz 5, eingefügt durch das Dekret vom 16. Januar 2012, wird hinter das Wort „Dozenten" die Wortfolge „sowie 1,6 Stellen im Amt eines Dozenten für den Fachbereich Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften" eingefügt.

KAPITEL 13 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 26. JUNI 2006 ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2006

Art. 63 – In Artikel 115.1 des Dekrets vom 26. Juni 2006 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2006, eingefügt durch das Dekret vom 5. Mai 2014, wird folgender Paragraf 3 eingefügt:

„§3 - In Abweichung von Artikel 14 Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht ernennt die Regierung in Anwendung von §1 Absatz 2 und §2 am 1. Oktober 2017 Personalmitglieder des Verwaltungspersonals in zu diesem Zeitpunkt offene Stellen, wenn sie die in §1 Absatz 1 Nummern 1-3 angeführten Bedingungen erfüllen."

KAPITEL 14 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 21. APRIL 2008 ZUR AUFWERTUNG DES LEHRERBERUFS

Art. 64 – Die Anlage II des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs, ersetzt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird die Wortfolge „31. Dezember 2018" durch die Wortfolge „31. Dezember 2017" ersetzt;
2. Folgende Nummer 2.1 wird eingefügt:

„2.1. Für die Zeitspanne vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018

Gehaltstabellen - Beträge in EUR

Tabelle der Jahresklasse (18 Jahre)

Arbeiter Unterhaltsarbeiter Küchengehilfe 13.862,41 – 15.763,35 03 (1) x 122,20 02 (2) x 65,37 10 (2) x 140,36	Facharbeiter Qualifizierter Unterhaltsarbeiter Koch 14.350,11 – 18.657,98 03 (1) x 157,44 05 (2) x 218,79 06 (2) x 299,83 02 (2) x 471,31
Erster Facharbeiter Erster qualifizierter Unterhaltsarbeiter Erster Koch 14.454,85 – 19.308,81 03 (1) x 157,43 05 (2) x 248,67 08 (2) x 392,29	Erster Facharbeiter-Vorarbeiter Erster qualifizierter Unterhaltsarbeiter Vorarbeiter Erster Koch – Teamchef 14.973,19 – 20.416,26 03 (1) x 245,75 05 (2) x 313,50 08 (2) x 392,29"

3. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

„3. ab dem 1. Januar 2019

Gehaltstabellen - Beträge in EUR

Tabelle der Jahresklasse (18 Jahre)

Arbeiter Unterhaltsarbeiter Küchengehilfe 14.002,43 – 15.922,58	Facharbeiter Qualifizierter Unterhaltsarbeiter Koch 14.495,06 – 18.846,44

03 (1) x 123,43
02 (2) x 66,03
10 (2) x 141,78

03 (1) x 159,03
05 (2) x 220,99
06 (2) x 302,86
02 (2) x 476,09

Erster Facharbeiter
Erster qualifizierter Unterhaltsarbeiter
Erster Koch
14.600,86 – 19.503,85
03 (1) x 159,03
05 (2) x 251,18
08 (2) x 396,25

Erster Facharbeiter-Vorarbeiter
Erster qualifizierter Unterhaltsarbeiter
Vorarbeiter
Erster Koch – Teamchef
15.124,43 – 20.622,47
03 (1) x 248,23
05 (2) x 316,67
08 (2) x 396,25"

KAPITEL 15 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 23. MÄRZ 2009 ZUR ORGANISATION DES TEILZEIT-KUNSTUNTERRICHTS

Art. 65 - In Artikel 69 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts, abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird die Zahlenfolge „2016-2017" durch die Zahlenfolge „2020-2021" ersetzt.

KAPITEL 16 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 11. MAI 2009 ÜBER DAS ZENTRUM FÜR FÖRDERPÄDAGOGIK, ZUR VERBESSERUNG DER SONDERPÄDAGOGISCHEN FÖRDERUNG IN DEN REGEL- UND FÖRDERSCHULEN SOWIE ZUR UNTERSTÜTZUNG DER FÖRDERUNG VON SCHÜLERN MIT BEEINTRÄCHTIGUNG, ANPASSUNGS- ODER LERNSCHWIERIGKEITEN IN DEN REGEL- UND FÖRDERSCHULEN

Art. 66 – In Artikel 6 Nummer 6 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen wird die Wortfolge „der Regelschulen und" durch die Wortfolge „der Regel- und Förderschulen sowie" ersetzt.

KAPITEL 17 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 2012 ÜBER DIE SCHULINSPEKTION UND DIE SCHULENTWICKLUNGSBERATUNG

Art. 67 - Artikel 20 §2 Absatz 1 des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 6 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;
2. Folgende Nummer 7 wird eingefügt:

„7. im Falle eines Bewertungsberichts mit dem Vermerk „ungenügend"."

KAPITEL 18 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. MÄRZ 2014 ÜBER DAS ZENTRUM FÜR DIE GESUNDE ENTWICKLUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Art. 68 – Artikel 6.3 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Nummer 8 wird wie folgt ersetzt:

„8. Berater für frühkindliche Entwicklung:

a) Graduat oder Bachelor in Krankenpflege;

b) Graduat oder Bachelor als Hebamme;"

2. Folgender Paragraf 5 wird eingefügt:

„§5 – Die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union verliehenen Studiennachweise werden als erforderliche Befähigungsnachweise angesehen, wenn ihnen eine durch die Regierung ausgestellte Konformitätsbescheinigung beigefügt ist."

Art. 69 – In Artikel 6.8 desselben Dekrets wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 gilt die im selben Absatz angeführte Weiterbildungsverpflichtung nicht für die Sachbearbeiter."

Art. 70 – Artikel 6.15 Absatz 3 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 71 – Artikel 6.18 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;
2. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

„6. er erbringt im Amt des Beraters für frühkindliche Entwicklung den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der systemischen Beratung."

Art. 72 – In Artikel 6.32 Absatz 1 Nummer 5 desselben Dekrets wird folgender Satz eingefügt:

„Für das Amt des Beraters für frühkindliche Entwicklung zusätzlich den Nachweis über das Bestehen einer in Artikel 6.18 Nummer 6 angeführten Zusatzausbildung erbracht haben;"

Art. 73 – In Artikel 6.55 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 kann der Ersatz zu gleich welchem Zeitpunkt im Schuljahr erfolgen."

Art. 74 – Artikel 6.99 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. die Nummern 3 und 4 werden wie folgt ersetzt:

„3. die Organisation und Durchführung von schulischen Gesundheitsuntersuchungen und Vorsorgeuntersuchungen in Zusammenarbeit mit Ärzten in der Zweigstelle, in der Schule, in Vorsorgestellen und bei Bedarf im Rahmen von Hausbesuchen;

4. die Durchführung von prophylaktischen Maßnahmen im schulischen Umfeld im Falle von ansteckenden Krankheiten;";

2. Nummer 7 wird wie folgt ersetzt:

„7. die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen, Erziehungsberechtigten und Familien sowie von Personalmitgliedern der Unterrichtseinrichtungen durch die Organisation und Durchführung von Animationen im Bereich der Gesundheitsförderung;"

Art. 75 – In Artikel 7.2 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Wird das Stellenkapital für Koordinatoren aufgrund von Urlaubsformen nicht vollständig ausgeschöpft, kann das verbleibende Stellenkapital für das betreffende Schuljahr dem gemäß Artikel 7.5 festgelegten Stellenkapital hinzugefügt werden. Dieses übertragene Stellenkapital ist nicht für eine definitive Ernennung freigegeben."

KAPITEL 19 – INKRAFTTRETEN

Art. 78 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2017 in Kraft mit Ausnahme von:

1. Artikel 1, 2, 66 und 73, die mit Wirkung vom 1. September 2016 in Kraft treten;
2. Artikel 25, der am 1. Juli 2017 in Kraft tritt;

3. Artikel 4 Nummer 2, 6 Nummer 2, 13, 15, 18, 29 Nummer 2, 31 Nummer 2, 38, 42 Nummer 2, 44 Nummer 2, 52, 64, 68 Nummer 1, 70, 71 und 72, die am 1. Januar 2018 in Kraft treten.

Eupen, den

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

Der Minister für Bildung
und wissenschaftliche Forschung

H. MOLLERS

30.01.2017

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Enseignement;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Enseignement est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement 2017

Contenu

Le présent avant-projet de décret modifie diverses dispositions en matière de personnel et d'organisation dans l'enseignement.
Il contient entre autres des modifications dans les domaines suivants :
- coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé – conditions-cadres en matière de statut
- remplacement décalé auprès de Kaleido-DG
- règlements en matière de capital périodes pour Kaleido-DG, la haute école autonome, pour l'encadrement d'élèves en intégration...
- augmentation barémique pour le personnel ouvrier
- reconnaissance de services en ce qui concerne les membres du personnel exerçant des fonctions de sélection et de promotion
- conditions d'admission à la fonction de chef de département auprès de la haute école autonome
- nomination de personnel administratif dans l'enseignement communautaire

EXPOSE DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le présent avant-projet de décret est construit selon le schéma habituel : chaque chapitre adapte un texte réglementaire particulier, et ce, dans l'ordre chronologique.

Afin d'avoir rapidement une meilleure vue d'ensemble, cet exposé des motifs ne suit pas strictement l'ordre des chapitres, mais s'articule autour d'un thème ou d'une mesure et contient en même temps le commentaire des différents articles. Les articles connexes sont énumérés.

1. Reconnaissance de services en ce qui concerne les membres du personnel exerçant des fonctions de sélection et de promotion (articles 1er et 2)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2016

Dans un contexte où il est toujours plus difficile de trouver du personnel qualifié pour occuper des fonctions de sélection et de promotion, le Gouvernement s'est, dans l'accord sectoriel 2016-2017, déclaré prêt à reconnaître à l'avenir – pour déterminer l'ancienneté pécuniaire – non seulement les services qui ont été prestés dans l'enseignement, dans la fonction publique ou dans une Asbl/fondation, mais aussi l'intégralité des services prestés dans le secteur privé ou en tant qu'indépendant. Le Gouvernement propose de mettre en œuvre cette mesure en adaptant l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique.

Cette mesure s'applique à tous les membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif occupés dans une fonction de sélection ou de promotion. Elle s'applique également aux membres du personnel de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire ainsi qu'aux personnes occupées dans une fonction de sélection ou de promotion auprès du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

L'article 1er procède à cette modification.

L'article 2 insère une disposition transitoire pour l'année scolaire 2016-2017.

2. Coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé – conditions-cadres en matière de statut (articles 3, 4, 3°, 5, 6, 3° et 4°, 7, 14, 19, 21, 22, 24, 26, 27, 28, 29, 3°, 30, 31, 3° et 4°, 32, 42, 3°, 43, 44, 3° et 4°, et article 45)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Le décret du 11 mai 2009 relatif au centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées prévoit également, en plus de ressources en personnel supplémentaires pour l'enseignement fondamental ordinaire, des ressources en personnel supplémentaires pour les écoles spécialisées. En septembre 2015, 90 quarts d'emploi avaient déjà été mis à disposition de l'enseignement fondamental ordinaire pour l'occupation de pédagogues de soutien dans les écoles fondamentales ordinaires. Parallèlement, ce sont 16 quarts d'emploi qui ont également été mis à disposition de l'enseignement spécialisé. Toutefois, aucun cadre statutaire

n'avait jusqu'à présent été prévu pour ces 16 quarts d'emploi; celui-ci doit être fixé par les présentes dispositions et entrer en vigueur au 1er septembre 2017.

Un groupe de travail constitué de représentants de tous les réseaux a, après la libération des emplois en septembre 2015, élaboré un concept reprenant des modalités pour la mise en œuvre de la coordination de la pédagogie de soutien au sein des écoles spécialisées. Du calcul du capital emplois aux processus de travail et à la mission en passant par les conditions de formation continuée, ce concept reprend les conditions essentielles de la coordination de la pédagogie de soutien dans les écoles spécialisées. Durant les années scolaires 2015/2016 et 2016/2017, les processus internes à l'école ont été mis à l'épreuve au cours d'une phase pilote avec un coordinateur en pédagogie de soutien. Ceci a permis de récolter des informations importantes dans les deux écoles spécialisées en Communauté germanophone, informations qui se retrouvent dans le concept élaboré par le groupe de travail.

La coordination de la pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé sert surtout à élargir et à améliorer le savoir-faire au niveau de la pédagogie de soutien au sein de l'école spécialisée en soutenant et conseillant les enseignants et/ou en encadrant individuellement les élèves. Un deuxième objectif est de coordonner toutes les mesures en matière de pédagogie de soutien au sein de l'école ainsi qu'en coopération avec des partenaires internes et externes. Un troisième objectif est de promouvoir la coopération, en ce qui concerne les questions relatives à la pédagogie de soutien, entre tous les établissements d'enseignement réunis en campus ou travaillant sous la forme d'un campus.

L'article 3 crée la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien en tant que fonction de recrutement relevant de la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation.

L'article 4, 3°, exclut la possibilité d'une dérogation de diplôme pour le coordinateur en pédagogie de soutien lors de la désignation dans l'enseignement communautaire. Dès lors, pour pouvoir être désigné coordinateur en pédagogie de soutien, le membre du personnel doit être porteur du titre requis et ne peut se mettre en ordre par le biais du système des dérogations. Comme c'est déjà le cas pour l'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien, l'auxiliaire psychosocial ainsi que le pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire, il s'agit, en ce qui concerne le coordinateur en pédagogie de soutien, d'une fonction de soutien et surtout de conseil que seul peut exercer un membre du personnel qui dispose d'une solide formation. Étant donné le champ d'activité du coordinateur en pédagogie de soutien, il n'est pas pertinent qu'un membre du personnel se mette techniquement en ordre via le système de dérogations.

L'article 5 détermine que le membre du personnel ayant presté des services dans une autre fonction pour laquelle il est porteur du titre requis (ou – pour l'enseignement libre subventionné – un titre jugé suffisant) peut les faire valoir conformément aux dispositions applicables pour calculer la priorité dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien. À la différence des règles actuelles visant à combler les « heures manquantes », il n'est pas impératif d'exercer une fonction de la même catégorie, dans la mesure où l'accès à la fonction est régi par les titres requis obtenus dans différentes catégories. De ce fait, un membre du personnel peut, dans certaines circonstances, obtenir la priorité dans deux fonctions. Cela vaut également en cas d'occupation à mi-temps auprès de deux pouvoirs organisateurs. Dans un tel cas, le membre du personnel constitue son ancienneté parallèlement auprès de deux pouvoirs organisateurs. Est ici concerné l'enseignement communautaire.

L'article 6, 3° et 4°, détermine qu'un membre du personnel déjà nommé dans une fonction de la même catégorie doit lui aussi avoir presté 720 jours dans la fonction de pédagogue de soutien pour être nommé à titre définitif dans cette fonction au sein de l'enseignement communautaire. Généralement, les membres du personnel déjà nommés

dans une fonction de la même catégorie et qui souhaitent être nommés dans une autre fonction de cette catégorie doivent avoir presté seulement 360 jours dans ladite fonction. Pour pouvoir être nommés dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien, les membres du personnel qui sont déjà nommés dans une autre fonction de la même catégorie doivent, tout comme les membres du personnel non nommés, avoir presté effectivement au moins 720 jours dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien, et ce, afin que les membres du personnel de toutes les catégories soient traités sur un pied d'égalité. De plus, cet article exclut la possibilité d'une dérogation de diplôme pour le coordinateur en pédagogie de soutien lors de la nomination à titre définitif dans l'enseignement communautaire.

L'article 7 n'accorde aucune priorité pour l'extension de la nomination aux membres du personnel qui sont déjà nommés dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien. La désignation et la nomination dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien sont divisibles, de sorte que le pouvoir organisateur a la possibilité de désigner ou de nommer à mi-temps dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien deux membres du personnel, parce qu'il s'agit, par exemple, de deux membres du personnel occupés dans deux implantations différentes. Pour ce faire, il faut veiller à ce qu'un coordinateur en pédagogie de soutien doive prester effectivement, par semaine, au moins 19 heures de 60 minutes dans ladite fonction auprès d'un pouvoir organisateur. Cette disposition permet par ailleurs au pouvoir organisateur, lorsqu'un demi-emploi est déclaré vacant dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien, de nommer dans ce demi-emploi un membre du personnel qui, jusqu'alors, ne l'est pas encore, bien qu'un autre membre du personnel soit déjà nommé à mi-temps dans ladite fonction. Il faut signaler qu'il s'agit ici d'une possibilité laissée à l'appréciation du pouvoir organisateur. Est ici concerné l'enseignement communautaire.

L'article 14 fixe le titre requis pour la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien. Est admis comme qualification de base tout diplôme donnant accès à une fonction des catégories du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et paramédical dans l'enseignement spécialisé, à l'exception de l'instituteur gardien, du puériculteur et de l'infirmier. De plus, tous les candidats doivent justifier d'une expérience professionnelle de deux ans auprès d'une école spécialisée ou d'un établissement chargé d'encadrer des enfants ou des jeunes nécessitant un soutien pédagogique spécialisé et d'une formation complémentaire en pédagogie de soutien représentant 15 points ECTS. Sont dispensés de cette obligation les logopèdes et ergothérapeutes. Le master en pédagogie curative, orthopédagogie ou pédagogie de soutien valent également comme titre requis. Les candidats porteurs de l'un de ces diplômes ont directement accès à la fonction sans expérience professionnelle et sans formation complémentaire.

L'article 19 abroge l'article 5*quater* du décret du 27 juin 1990. Le chapitre dont fait partie l'article 5*quater* concerne le personnel directeur et enseignant dans l'enseignement spécialisé. Étant donné toutefois que le coordinateur en pédagogie de soutien relève de la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation, le contenu de l'article 5*quater* est transféré dans le chapitre relatif au personnel auxiliaire d'éducation dans la section reprenant des dispositions générales pour l'enseignement fondamental et secondaire spécialisé puisque le coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé peut être affecté tant dans le primaire que dans le secondaire.

Les articles 21 et 24 fixent le capital emplois pour encourager dans l'enseignement spécialisé le soutien donné aux élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé, ainsi que le mode de calcul de ce capital.

Ce capital est ajouté au capital périodes des écoles spécialisées, gelé jusqu'en 2018-2019, et reste aussi inchangé jusqu'à cette année scolaire comprise.

Cet article détermine aussi comment utiliser le capital emplois calculé pour le soutien particulier accordé aux élèves en difficulté d'apprentissage dans les écoles spécialisées. Il peut être utilisé exclusivement pour occuper des coordinateurs en pédagogie de soutien.

Si une partie du capital emplois reste inutilisée, elle peut, à concurrence d'un quart d'emploi, être transformée en moyens financiers mis à disposition de l'école spécialisée pour organiser des mesures de formation continuée en pédagogie de soutien.

En outre, le capital emplois déterminé dans cet article pour encourager dans l'enseignement spécialisé le soutien donné aux élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé est libéré pour la nomination ou l'engagement à titre définitif.

L'article 22 détermine que le capital emplois pour le coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé ne peut être reporté. S'il est possible d'augmenter les heures du coordinateur en pédagogie de soutien à partir du capital emplois régulier, l'inverse n'est pas vrai. Le capital périodes du coordinateur en pédagogie de soutien ne peut être utilisé pour compléter le capital périodes régulier, même lorsque des emplois restent inoccupés.

L'article 26 ancre la mission du coordinateur en pédagogie de soutien dans le décret organique du 31 août 1998. En plus du travail individuel avec les élèves et les groupes d'élèves, la mission consiste surtout à accomplir des tâches de conseil et de soutien et à coopérer étroitement avec tous les partenaires pertinents dans le cadre de l'accompagnement et du soutien d'élèves, mais aussi de parents, d'enseignants, de chefs d'établissement, du personnel sociopsychologique et paramédical, d'éducateurs et de thérapeutes. En outre, le coordinateur en pédagogie de soutien assure, dans son école spécialisée, la coordination de toutes les mesures prises en matière de pédagogie de soutien. Il est interdit au coordinateur de remplacer d'autres enseignants dans le cadre de ses activités, et ce, afin d'éviter qu'il ne donne cours si le titulaire est absent par exemple pour cause de maladie. Cela n'est pas compatible avec l'objet de sa fonction et de ses missions.

L'article 27 crée un chapitre X.1 (temps de travail hebdomadaire) dans le décret du 31 août 1998.

L'article 28 fixe le temps de travail du coordinateur en pédagogie de soutien. Puisque le coordinateur n'exerce aucune mission classique d'enseignement, mais bien une fonction de conseil, de soutien et de coordination qui comprend tant du travail individuel avec des élèves que le conseil de collègues et la coordination d'accords avec de nombreux partenaires, ce n'est pas un nombre d'heures de cours qui est fixé pour le coordinateur, mais bien un temps de travail régulier de 38 heures de 60 minutes par semaine.

Le temps de travail du coordinateur en pédagogie de soutien est de 38 heures par semaine, lesquelles sont organisées en concertation avec le chef d'établissement. Cela signifie que l'on ne part pas obligatoirement du principe d'une présence de 38 heures dans les écoles, mais bien d'une organisation du temps de travail en concertation avec le chef d'établissement selon les besoins de l'école, des élèves et du coordinateur.

Les temps de parcours entre les implantations ou pour se rendre à des rendez-vous à l'extérieur sont pris en considération. Le télétravail est possible après concertation.

Il s'agit ici d'un temps de travail hebdomadaire moyen. Les heures supplémentaires prestées sont récupérées dans un certain délai en concertation avec la direction. Un temps de travail hebdomadaire minimal de 19 heures est fixé pour le coordinateur, afin d'éviter qu'un membre du personnel soit occupé seulement pour un quart d'horaire en tant que coordinateur. Cela ne serait pas pertinent en rapport avec la mission du coordinateur en pédagogie de soutien. Le coordinateur en pédagogie de soutien est soumis au même régime de congé que le reste du personnel auxiliaire d'éducation.

L'article 29, 3°, exclut la possibilité d'une dérogation de diplôme pour le coordinateur en pédagogie de soutien lors de l'engagement dans l'enseignement libre subventionné. Voir commentaire de l'article 4, 3°.

L'article 30 fixe la manière de déterminer la priorité dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement libre subventionné. Voir commentaire de l'article 5.

L'article 31, 3° et 4°, régit les conditions pour un engagement à titre définitif dans l'enseignement libre subventionné. Voir commentaire de l'article 6, 3° et 4°.

L'article 32 n'accorde aucune priorité pour l'extension de l'engagement à titre définitif dans l'enseignement libre subventionné aux membres du personnel qui sont déjà engagés à titre définitif dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien. Voir commentaire de l'article 7.

L'article 42, 3°, exclut la possibilité d'une dérogation de diplôme pour le coordinateur lors de la désignation dans l'enseignement officiel subventionné. Voir commentaire de l'article 4, 3°.

L'article 43 fixe la manière de déterminer la priorité dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement officiel subventionné. Voir commentaire de l'article 5.

L'article 44, 3° et 4°, régit les conditions pour un engagement à titre définitif dans l'enseignement officiel subventionné. Voir commentaire de l'article 6, 3° et 4°.

L'article 45 n'accorde aucune priorité pour l'extension de l'engagement à titre définitif dans l'enseignement officiel subventionné aux membres du personnel qui sont déjà engagés à titre définitif dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien. Voir commentaire de l'article 7.

3. Précision apportée aux conditions de désignation (articles 4, 1°, 6, 1°, 29, 1°, 31, 1°, 42, 1°, 44, 1°, 53 et 54)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Les conditions de désignation, d'engagement ou de nomination, selon le cas, ancrées dans les statuts du personnel, prévoient qu'un membre du personnel peut être désigné, engagé ou nommé lorsqu'il est porteur du titre requis ou jugé suffisant pour exercer la fonction. S'il n'est pas porteur du titre en question, le statut prévoit des modalités supplémentaires afin que les conditions de désignation, d'engagement ou de nomination, selon le cas, puissent malgré tout être remplies. Ainsi, le membre du personnel doit entre autres avoir été engagé trois fois par le biais d'une dérogation dans la fonction concernée, et ce, au cours de cinq années scolaires successives au plus. Une désignation ou un engagement, selon le cas, peut intervenir par le biais d'une dérogation lorsqu'il n'y a, sur le marché du travail, aucun membre du personnel porteur du titre requis. Étant donné que la formulation actuelle de cette condition donne lieu à une mauvaise compréhension et pourrait laisser croire que les trois dérogations peuvent intervenir sur une période de sept années scolaires consécutives, le Gouvernement propose de préciser le texte.

L'article 4, 1°, insère cette modification dans les conditions de désignation figurant dans le statut des enseignants de l'enseignement communautaire.

L'article 6, 1°, insère cette modification dans les conditions de nomination figurant dans le statut des enseignants de l'enseignement communautaire.

L'article 29, 1°, insère cette modification dans les conditions d'engagement à titre temporaire dans l'enseignement libre subventionné.

L'article 31, 1°, insère cette modification dans les conditions d'engagement à titre définitif dans l'enseignement libre subventionné.

L'article 42, 1°, insère cette modification dans les conditions de désignation dans l'enseignement officiel subventionné.

L'article 44, 1°, insère cette modification dans les conditions de nomination dans l'enseignement officiel subventionné.

L'article 53 insère cette modification dans les conditions de désignation auprès de la haute école autonome.

L'article 54 insère cette modification dans les conditions de nomination auprès de la haute école autonome.

Cette modification ne concerne ni l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, ni le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

4. Conditions de désignation et de nomination dans la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle pour les bénéficiaires de passerelles (articles 4, 2°, 6, 2°, 13, 29, 2°, 31, 2°, 38, 42, 2°, 44, 2°, et article 52)

Entrée en vigueur : 1er janvier 2018

Les titres requis définis pour la fonction de maître de morale dans l'enseignement primaire et de professeur de morale dans l'enseignement secondaire inférieur prévoient que le membre du personnel doit, en plus du diplôme de base (p. ex. diplôme d'instituteur gardien, d'instituteur primaire ou de régent), suivre une formation complémentaire en morale non confessionnelle. En ce qui concerne l'enseignement secondaire supérieur, le titre requis est le diplôme d'agrégé pour l'enseignement secondaire supérieur (orientation d'études sciences morales/philosophie et sciences sociales).

La législation applicable aux bénéficiaires de passerelles prévoit toutefois que des membres du personnel non porteurs d'un des titres requis susmentionnés peuvent se mettre en ordre au niveau du statut pour la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle en acquérant un titre pédagogique. Pour l'instant, ces personnes n'ont pas l'obligation de suivre une formation complémentaire en morale non confessionnelle.

Dans un contexte où le référentiel « Éthique » adopté il y a peu par le Parlement de la Communauté germanophone est opérationnel dans l'enseignement de la Communauté germanophone depuis l'année scolaire 2016-2017, il faut garantir que tous les membres du personnel qui ne sont pas porteurs du titre requis pour la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle, suivent une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS dans ce domaine. Le Gouvernement propose de modifier en conséquence les conditions de désignation et de nomination pour les bénéficiaires de

passerelles, de sorte que les membres du personnel exerçant la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle et non porteurs du titre requis ou jugé suffisant, n'acquièrent pas seulement un titre pédagogique, mais suivent également la formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS susmentionnée pour garder la perspective d'une désignation à durée indéterminée ou d'une nomination à titre définitif.

Parallèlement, un régime de transition garantit que les membres du personnel qui, au 31 août 2017, sont déjà prioritaires pour la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle ne sont pas obligés de suivre la formation complémentaire pour pouvoir être désignés à durée indéterminée ou nommés à titre définitif.

L'article 4, 2°, insère cette modification dans les conditions de désignation figurant dans le statut des enseignants de l'enseignement communautaire.

L'article 6, 2°, insère cette modification dans les conditions de nomination figurant dans le statut des enseignants de l'enseignement communautaire.

L'article 13 insère la disposition transitoire dans le statut des enseignants de l'enseignement communautaire.

L'article 29, 2°, insère cette modification dans les conditions d'engagement à titre temporaire dans l'enseignement libre subventionné.

L'article 31, 2°, insère cette modification dans les conditions d'engagement à titre définitif dans l'enseignement libre subventionné.

L'article 38 insère la disposition transitoire dans le statut de l'enseignement libre subventionné.

L'article 42, 2°, insère cette modification dans les conditions de désignation dans l'enseignement officiel subventionné.

L'article 43, 2°, insère cette modification dans les conditions de nomination dans l'enseignement officiel subventionné.

L'article 54 insère la disposition transitoire dans le statut de l'enseignement officiel subventionné.

5. Statut pour les fonctions dirigeantes (articles 8 à 12, 33 à 37, 46 à 51)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Dans les dispositions relatives aux fonctions dirigeantes (chef de département, chef d'établissement, secrétaire administratif en chef...), les renvois au statut ne sont pas complets. Ainsi manque la possibilité de cessation d'une nomination ou d'un engagement à titre définitif pour les membres du personnel nommés ou engagés à titre définitif dans ces fonctions. Dans l'enseignement subventionné manque le renvoi à la disposition selon laquelle la désignation ou nomination prend fin lors de la mise à la retraite. La terminologie relative à la rémunération n'est pas correcte non plus, car dans ces dispositions — en partie —, seuls sont mentionnés les membres du personnel désignés, pas les définitifs.

Le Gouvernement propose de procéder à ces corrections de texte dans tous les statuts.

L'article 8 corrige les renvois au statut (cessation de la désignation et nomination) pour le chef de département dans l'enseignement communautaire.

L'article 9 corrige la terminologie dans la disposition relative à la rémunération du chef de département dans l'enseignement communautaire.

L'article 10 corrige les renvois dans l'article relatif au conseiller en pédagogie de soutien dans l'enseignement communautaire.

L'article 11 corrige les renvois au statut (cessation de la désignation et nomination) pour le chef de d'établissement dans l'enseignement communautaire.

L'article 12 corrige la terminologie dans la disposition relative à la rémunération du chef d'établissement dans l'enseignement communautaire.

L'article 33 corrige les renvois au statut (cessation de la désignation et engagement) pour le chef de département dans l'enseignement libre subventionné.

L'article 34 corrige la terminologie dans la disposition relative à la rémunération du chef de département dans l'enseignement libre subventionné.

L'article 35 corrige les renvois dans l'article relatif au conseiller en pédagogie de soutien dans l'enseignement libre subventionné.

L'article 36 corrige les renvois au statut (cessation de la désignation et engagement) pour le chef d'établissement dans l'enseignement libre subventionné.

L'article 37 corrige la terminologie dans la disposition relative à la rémunération du chef d'établissement dans l'enseignement libre subventionné.

L'article 46 corrige les renvois au statut (cessation de la désignation et nomination) pour le secrétaire administratif en chef dans l'enseignement officiel subventionné.

L'article 47 corrige la terminologie dans la disposition relative à la rémunération du secrétaire administratif en chef dans l'enseignement officiel subventionné.

L'article 48 corrige les renvois au statut (cessation de la désignation et nomination) pour le directeur d'académie dans l'enseignement officiel subventionné.

L'article 49 corrige la terminologie dans la disposition relative à la rémunération du directeur d'académie dans l'enseignement officiel subventionné.

L'article 50 corrige les renvois au statut (cessation de la désignation et nomination) pour le chef d'établissement dans l'enseignement officiel subventionné.

L'article 51 corrige la terminologie dans la disposition relative à la rémunération du chef d'établissement dans l'enseignement officiel subventionné.

6. Adaptation des titres requis pour les infirmiers (article 15)

Entrée en vigueur : 1er janvier 2018

Jusqu'à présent, seuls pouvaient être engagés dans l'enseignement dans la fonction d'infirmier les candidats porteurs d'un graduat ou d'un bachelor en soins infirmiers. Jusqu'à présent, les porteurs d'un brevet en soins infirmiers n'étaient pas admis. Avec la présente modification, l'on propose de faire figurer aussi le brevet en soins infirmiers

parmi les titres requis pour la fonction d'infirmier. Les porteurs de ce diplôme sont aussi formés et habilités à remplir les missions de cette fonction dans l'enseignement.

L'article 15 procède à cette modification dans l'arrêté royal du 22 avril 1969 (arrêté relatif aux titres) et remplace les actuels titres pour la fonction d'infirmier.

7. Adaptation des titres requis pour les instituteurs primaires dans l'enseignement secondaire (articles 16 et 17)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

La législation relative aux titres a été modifiée en 2014 et 2015 afin que le diplôme d'instituteur primaire soit valable comme titre requis dans l'enseignement professionnel pour dispenser des cours généraux dans le degré inférieur de l'enseignement secondaire ordinaire ou de l'enseignement secondaire spécialisé ainsi que pour dispenser des cours généraux ou techniques dans l'enseignement à horaire réduit. En attendant une réforme fondamentale de la législation en matière de titres, la mesure a été limitée à trois années scolaires, à savoir jusqu'au 31 août 2017. Étant donné toutefois que la modification de ladite législation n'est pas, pour l'instant, à l'ordre du jour, le Gouvernement propose de prolonger provisoirement cette mesure pour une durée de deux années scolaires, à savoir jusqu'au 31 août 2019.

Les articles 16 et 17 procèdent à ces modifications dans le décret du 22 avril 1969.

8. Adaptation des titres requis pour les maîtres/professeurs de religion catholique (article 18)

Entrée en vigueur : 1er janvier 2018

Actuellement, pour la fonction de maître/professeur de religion catholique dans l'enseignement primaire et dans l'enseignement secondaire inférieur, le grade légal ou scientifique de candidat délivré après des études d'une durée de deux ans auprès d'une université, d'une faculté ou d'un centre universitaire en Belgique figure parmi les titres requis. Dans l'optique d'améliorer la qualité, une modification de cette disposition est proposée à la demande de l'autorité compétente pour le culte concerné. À l'avenir, ce ne sera plus le titulaire d'une candidature, mais bien le porteur d'un diplôme du premier grade de l'enseignement supérieur (bachelor) qui, complémentairement, aura suivi avec fruit une formation en religion catholique d'au moins 130 points ECTS reconnue par l'autorité compétente pour le culte concerné, qui sera censé être porteur du titre requis pour la fonction de maître/professeur de religion catholique dans l'enseignement primaire et dans l'enseignement secondaire inférieur. La formation reconnue par l'autorité compétente pour le culte concerné comprend un cours de base et un cours de perfectionnement en théologie, un cours de pédagogie pour la religion, un cours relatif au programme et à la didactique du cours de religion, ainsi que des stages. Elle peut être suivie comme cours par correspondance de la « Domschule Würzburg » et, en ce qui concerne le programme d'études et la didactique, auprès de la haute école autonome.

L'article 18 modifie l'annexe de l'arrêté royal du 25 octobre 1971.

9. Transformation du capital emplois du centre de compétences (article 20)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Le Gouvernement propose que le Centre de pédagogie de soutien ait la possibilité, à concurrence d'un emploi à temps plein, de transformer le capital emplois destiné au centre de compétences en moyens financiers afin de pouvoir occuper des personnes percevant des honoraires, lesquelles soutiennent le centre de compétences dans l'exercice de ses missions. Cela aide notamment à engager des spécialistes pour un soutien ponctuel dans les missions journalières ou des projets en cours.

L'article 20 procède à cette modification dans le décret du 27 juin 1990.

10. Capital périodes pour l'encadrement d'élèves en intégration (article 23)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Le Gouvernement propose que les 34 quarts d'emploi créés pendant l'année scolaire 2015-2016 continuent d'exister jusqu'à l'année scolaire 2019-2020, et ce, spécialement pour l'encadrement d'élèves en intégration. Cela se justifie par le besoin accru dans les écoles fondamentales ordinaires. Sans une augmentation temporaire du capital périodes par enfant, l'efficacité des projets de soutien est menacée. D'ici l'année scolaire 2020-2021, les mesures de soutien élémentaire dans les écoles fondamentales ordinaires auront eu un tel effet que le nombre total de projets d'intégration pourra à nouveau baisser.

L'article 23 prolonge de trois années scolaires, c.-à-d. jusqu'en 2019-2020, le capital périodes accordé en application de l'article 53*ter*, §§ 2 à 6, du décret du 29 juin 1990 pour intégrer les élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans les écoles fondamentales ordinaires.

11. Commission de l'enseignement à domicile – Admission dans certaines années d'études (article 25)

Entrée en vigueur : 1er juillet 2017

Le Gouvernement propose de compléter l'article 93.59 du décret organique du 31 août 1998.

Afin d'assurer la meilleure scolarisation possible d'un élève qui a suivi l'enseignement à domicile et ne dispose pas du certificat requis, la commission de l'enseignement à domicile devrait avoir l'opportunité, dans des cas particuliers, d'établir une attestation d'admission dans certaines années d'études. La scolarisation susmentionnée intervient, d'une part, à la demande des personnes chargées de l'éducation; il s'agit ici d'un passage volontaire de l'enseignement à domicile à l'enseignement en milieu scolaire. D'autre part, la rescolarisation peut aussi intervenir sur décision motivée de la commission de l'enseignement à domicile, une décision mettant un terme à l'enseignement à domicile.

Un élève qui passe de l'enseignement à domicile à l'enseignement ordinaire peut être admis dans des années d'études pour lesquelles il n'a pas les certificats requis, mais qui correspondent à son niveau de compétences.

La commission de l'enseignement à domicile prend alors la décision d'établir ou non l'attestation d'admission en se basant sur l'avis émis par l'inspection scolaire.

La commission de l'enseignement à domicile ne doit pas être étendue à un agent compétent du Ministère de la Communauté germanophone, étant donné qu'un membre du personnel du Ministère, disposant de connaissances techniques en matière d'organisation de l'enseignement, a déjà été désigné comme membre effectif ou suppléant de ladite commission. L'attestation d'admission ne peut être délivrée sans l'accord de ce membre compétent du personnel du Ministère, disposant de connaissances techniques en matière d'organisation de l'enseignement et membre de la commission de l'enseignement à domicile. Le motif sous-jacent est que ce membre du personnel, de par son activité au sein du Ministère, dispose des connaissances nécessaires en matière de titres étrangers, d'équivalences de diplômes et de conditions d'admission, qui sont nécessaires pour une admission correcte dans des années d'études bien déterminées.

L'article 25 adapte l'article 93.59 du décret organique en ce qui concerne la rescolarisation à la suite des contrôles et uniformise les règles relatives à la scolarisation contrainte ou volontaire.

12. Rémunération d'heures supplémentaires et fonction accessoire en cas de pénurie d'enseignants (article 39)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Le décret du 25 juin 2001 contenant des mesures spéciales quant aux fonctions d'enseignant et portant adaptation du statut pécuniaire prévoyait qu'un membre du personnel prestant des heures supplémentaires ou occupé dans une fonction accessoire est rémunéré à titre principal (à savoir en tenant compte de son ancienneté pécuniaire et en appliquant le diviseur le plus favorable), pour autant qu'un manque de personnel qualifié soit prouvé pour la fonction concernée. S'il n'y a pas de pénurie, la rémunération intervient à des conditions moins favorables (pas de prise en compte de l'ancienneté pécuniaire, application d'un diviseur moins favorable).

Un membre du personnel preste des heures supplémentaires lorsqu'il est occupé à temps plein auprès d'une ou plusieurs écoles et preste dans l'une de ces écoles des heures qui impliquent que sa charge de travail dépasse un horaire complet. Dans ce cas, toutes les heures dispensées en plus de l'horaire sont des heures supplémentaires.

Un membre du personnel occupe une fonction accessoire lorsqu'il est occupé à temps plein dans une ou plusieurs écoles et assure des heures supplémentaires dans une ou plusieurs autres écoles.

La règle, décrite ci-dessus, de la rémunération la plus favorable d'heures supplémentaires et de fonction accessoire en cas de manque de personnel enseignant ne vaut toutefois que pour les membres du personnel de l'enseignement secondaire et de la formation scolaire continuée. Toutefois, entretemps, l'enseignement fondamental, la haute école et l'académie de musique doivent lutter contre un manque criant d'enseignants et n'ont souvent, en cours d'année scolaire, aucune autre possibilité en cas de remplacement que d'attribuer des heures supplémentaires à un membre du personnel ou, selon le cas, de l'occuper dans une fonction accessoire; de ce fait, le Gouvernement propose – dans l'optique d'une égalité de traitement – d'étendre à ces niveaux d'enseignement la règle de la rémunération à titre principal d'heures supplémentaires et de fonctions accessoires.

L'article 39 procède à cette modification dans le décret du 25 juin 2001.

13. Rappel temporaire de membres du personnel en cas de pénurie d'enseignants (article 40)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Le décret du 25 juin 2001 contentant des mesures spéciales quant aux fonctions d'enseignant et portant adaptation du statut pécuniaire prévoyait qu'un pouvoir organisateur ou un chef d'établissement, selon le cas, puisse en cas de pénurie d'enseignants avoir recours à un membre du personnel déjà retraité ou se trouvant dans l'une des formes de congé suivantes :

- congé pour prestations réduites;
- mise en disponibilité pour convenance personnelle;
- mise à la retraite anticipée, à temps plein ou à mi-temps;
- temps partiel en fin de carrière.

Le rappel ne peut intervenir que si le membre du personnel a marqué son accord. Pendant le rappel, le congé ou la mise en disponibilité, selon le cas, est suspendu en tout ou partie.

La règle décrite ci-dessus ne vaut toutefois que pour les membres du personnel de l'enseignement fondamental, de l'enseignement secondaire et de la formation scolaire continuée, ainsi que pour ceux de Kaleido. Toutefois, entretemps, l'enseignement supérieur et l'académie de musique doivent lutter contre un manque criant d'enseignants; de ce fait, le Gouvernement propose – dans l'optique d'une égalité de traitement – d'étendre à ces niveaux d'enseignement la règle susmentionnée.

L'article 40 procède à cette modification dans le décret du 25 juin 2001.

14. Jours de maladie sans lien avec une grossesse (article 41)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Si dans les six ou huit (en cas de grossesse multiple) semaines précédant l'accouchement, un membre du personnel tombe malade et reprend son service avant l'accouchement, ces jours ne peuvent pas être transférés dans le congé de maternité postnatal; cela signifie que le nombre de jours de maladie vient en réduction du congé de maternité postnatal. En outre, des jours de maladie étaient jusqu'à présent encore déduits de son quota de jours de maladie lorsqu'il s'agissait d'une maladie sans lien confirmé avec la grossesse. Le membre du personnel était donc, d'une certaine manière, sanctionné deux fois, puisque le congé de maternité était réduit et que les jours de maladie étaient déduits du quota de jours de maladie. La modification proposée permet que les jours de maladie pris dans les six ou huit semaines précédant l'accouchement et qui ne peuvent être reportés dans le congé de maternité postnatal ne soient pas déduits du quota de jours de maladie du membre du personnel, même si aucun lien direct avec la grossesse n'a été confirmé.

L'article 41 procède à cette modification dans le décret du 30 juin 2003.

15. Conditions d'admission à la fonction de chef de département auprès de la haute école autonome (articles 55 à 61)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Conformément au décret du 27 juin 2005, la fonction de chef de département auprès de la haute école autonome doit être occupée par un membre du personnel qui est nommé à titre définitif en tant que chargé de cours. Le décret ne règle toutefois pas ce qui se passe lorsqu'aucun chargé de cours nommé à titre définitif auprès de la haute école autonome ne pose sa candidature à la fonction de chef de département ou lorsque le conseil d'administration s'oppose à la désignation du candidat.

Dans ce contexte et étant donné qu'il s'avère fondamentalement très difficile de trouver du personnel qualifié pour des fonctions de sélection et de promotion, le Gouvernement propose d'élargir les conditions d'accès à la fonction de chef de département et, dorénavant, d'octroyer l'accès à cette fonction à tous les membres du personnel de la haute école autonome qui sont au moins porteur d'un diplôme de l'enseignement supérieur du deuxième degré (master), ont une expérience professionnelle d'au moins 5 ans et dont le dernier bulletin de signalement ou rapport d'évaluation porte en conclusion la mention « bien ». Lors de la sélection, le conseil d'administration s'appuie sur les éléments suivants : les bulletins de signalement et rapports d'évaluation, le plan de stratégie et d'action rédigé par le candidat, la qualification pédagogique, l'expérience professionnelle, le profil d'aptitude et l'entretien de candidature. S'il n'y a aucun candidat ad hoc au sein du personnel de la haute école, le conseil d'administration a la possibilité de lancer un appel public aux candidats et d'attribuer l'emploi de chef de département sur la base des critères décrits ci-dessus.

L'article 55 fixe les conditions d'accès à la fonction de chef de département. La fonction est prioritairement exercée par des membres du personnel qui sont désignés à titre temporaire ou nommés à titre définitif auprès de la haute école autonome. S'il n'est pas possible de trouver un candidat ad hoc en interne, l'emploi fait l'objet d'un appel public aux candidats et est occupé par une personne qui remplit les conditions d'accès.

L'article 56 détermine que l'appel aux candidats est publié au sein de la haute école et sous toute autre forme appropriée. En plus des objectifs à remplir pendant la durée du mandat, l'appel aux candidats reprend le profil du chef de département. Si aucun candidat idoine ne peut être trouvé en interne, l'appel aux candidats est en plus publié dans la presse.

L'article 57 détermine que le pouvoir organisateur, lors de la sélection du candidat, se base sur les bulletins de signalement et rapports d'évaluation, le plan de stratégie et d'action rédigé par le candidat, la qualification pédagogique, l'expérience professionnelle, le profil d'aptitude et l'entretien de candidature.

L'article 58 adapte aux nouvelles conditions d'accès l'article relatif au remplacement du chef de département.

L'article 59 prévoit que les services prestés en tant que chef de département sont pris en considération pour déterminer l'ancienneté de service, l'ancienneté de fonction et l'ancienneté pécuniaire, dans la mesure où l'emploi est occupé par un membre du personnel de la haute école autonome.

L'article 60 adapte le régime pécuniaire du chef de département.

L'article 61 détermine que le chef de département, s'il s'agit d'un membre du personnel de la haute école autonome nommé à titre définitif ou désigné pour une durée indéterminée, retrouve sa fonction précédente à la fin de son mandat.

16. Capital périodes de la haute école autonome (article 62)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Lors de la création de la haute école autonome (HEA) en 2005, le capital périodes de la haute école a été gelé pour quatre ans au niveau du capital périodes total octroyé aux trois anciennes écoles supérieures (école de nursing, l'Institut supérieur d'enseignement pédagogique de la Communauté germanophone, école supérieure pédagogique Père Damien) pour l'année scolaire ou académique 2004-2005.

Cette règle a été prolongée pour quatre ans en 2009 et 2013 et expire à la fin de l'année scolaire ou académique 2016-2017.

Étant donné que la haute école n'organise pas seulement la formation initiale, mais qu'elle remplit aussi nombre de missions en matière de recherche et de formation continuée, le calcul du nombre d'emplois ne peut pas dépendre exclusivement du nombre d'élèves ou d'étudiants, comme c'était auparavant le cas dans les anciennes écoles supérieures. Afin que la haute école autonome puisse encore, au cours de l'année scolaire ou académique 2017-2018, assurer ses missions de formation continuée et de recherche, le Gouvernement propose de ne pas lier non plus, pour l'année scolaire ou académique à venir, le calcul des emplois auprès de la haute école autonome au nombre réel d'étudiants, mais de le maintenir au niveau actuel.

Étant donné que le nombre d'années du bachelor a été porté de trois à quatre ans dans le département « sciences sanitaires et infirmières » et qu'il faut s'attendre à la même évolution en ce qui concerne le brevet en soins infirmiers, le Gouvernement propose d'accorder à la haute école autonome 1,6 équivalent temps plein en plus du capital périodes gelé, mais uniquement pour le département « sciences sanitaires et infirmières ».

Parallèlement, un groupe de travail composé du conseil de direction de la haute école autonome et de membres du Ministère et du Gouvernement élabore pour l'année scolaire ou académique 2018-2019 un concept relatif au capital périodes de la HEA, avec pour objectif de garantir à la haute école, sur le long terme, un capital périodes stable et correspondant à ses missions. Tout cela s'inscrit dans le contexte des concepts attendus quant à l'orientation future de la HEA en matière de formations initiales.

L'article 62 prolonge d'une année scolaire ou académique le capital périodes gelé de la haute école autonome et, pour lui permettre d'assurer ses missions, ajoute 1,6 équivalent temps plein au capital périodes gelé.

17. Nomination de personnel administratif dans l'enseignement communautaire (art. 63)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Cette mesure s'impose pour pouvoir nommer des membres du personnel administratif. Cette nomination s'opère par dérogation au statut applicable sans devoir passer et réussir l'examen de recrutement prévu et sans devoir accomplir un stage. Cette mesure est prise dans l'optique de l'égalité de traitement. Il faudra aussi revoir, très prochainement, tout le statut applicable à ces membres du personnel pour éviter de telles situations à l'avenir.

Le présent article permet au Gouvernement de nommer des membres du personnel administratif dans l'enseignement communautaire en octobre 2017. Les nominations s'opèrent par école. Il va sans dire que les membres du personnel doivent, outre une certaine ancienneté de fonction, remplir toutes les autres conditions de nomination, à l'exception de la réussite d'un examen de recrutement et d'un stage. L'emploi doit naturellement être vacant au moment de la nomination.

Lorsque deux membre du personnel exercent en même temps la même fonction dans la même école, la priorité de nomination est accordée, dans le cadre des heures vacantes, au membre du personnel qui compte la plus grande ancienneté de fonction.

L'article 63 procède à cette modification dans le décret du 26 juin 2006.

18. Augmentation barémique pour le personnel ouvrier (article 64)

Entrée en vigueur : 1er janvier 2018

Il a été convenu dans l'accord sectoriel 2016-2017 d'augmenter de 5 % les traitements du personnel ouvrier au 1er janvier 2018. Il est proposé de transposer cette mesure en adaptant le décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant.

Étant donné qu'au 1er janvier 2019, tous les traitements seront augmentés d'1 % dans l'enseignement (il s'agit de rattraper la diminution barémique d'1 % intervenue au 1er janvier 2014) ce ne sont pas seulement les barèmes applicables au personnel ouvrier au 1er janvier 2018, mais aussi ceux applicables à partir du 1er janvier 2019 qui sont adaptés.

L'article 64 modifie l'annexe II du décret du 21 avril 2008.

19. Capital périodes de l'enseignement artistique à horaire réduit (article 65)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Étant donné que la règle pour le capital périodes de l'académie de musique expire au cours de l'année scolaire 2016-2017, il faut en prévoir une nouvelle pour les années scolaires suivantes. Dès lors, le Gouvernement propose de prévoir une prorogation de la règle existant en matière de capital périodes, et ce, pour les quatre années scolaires à venir. Le capital périodes dont dispose l'académie de musique jusqu'à l'année scolaire 2016-2017 sera également mis à sa disposition pour les quatre années scolaire suivantes, à savoir jusqu'à l'année 2020-2021 incluse. La raison principale est que les rapports d'activité de l'académie de musique prouvent qu'elle remplit sa mission, élargie en 2009, mission pour laquelle une règle adéquate en matière de capital périodes avait alors été décidée.

L'article 65 gèle le capital périodes de l'académie de musique de la Communauté germanophone pour quatre années supplémentaires.

20. Compétence du centre de compétences en matière de pédagogie de soutien (article 66)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2016

Conformément aux dispositions initiales du décret du 27 juin 1990, le centre de pédagogie de soutien (ZFP) avait obtenu 12 quarts d'emploi pour conseiller, encadrer et aider les écoles ordinaires et spéciales. En raison de la création du centre de compétences, les 12 quarts d'emploi lui ont été attribués en 2016 et les missions du ZFP – et donc également du centre de compétences – ont été élargies, voire clarifiées. La présente modification explicite que le ZFP, et notamment le centre de compétences, n'est pas seulement compétent pour conseiller, encadrer et aider les écoles ordinaires et les centres de formation et de formation continue, mais que ces conseils, cet encadrement et

cette aide en matière de pédagogie de soutien sont aussi applicables aux écoles spécialisées. Il faut toutefois tenir compte du fait qu'au total 10 des 12 quarts d'emploi étaient initialement prévus pour les écoles ordinaires et ont donc été cédés par elles au profit du centre de compétences, que les conseils doivent donc bénéficier en premier lieu aux écoles ordinaires où le savoir-faire en matière de pédagogie de soutien est moindre que ce ne devrait être le cas dans les écoles spécialisées. Il est proposé de faire entrer cette disposition en vigueur, à titre rétroactif, au moment de la création du centre de compétences et de l'adaptation des compétences du ZFP, à savoir au début de l'année scolaire 2016-2017.

L'article 66 procède à cette modification dans le décret du 11 mai 2009.

21. Inspection scolaire et guidance en développement scolaire (article 67)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Le décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire et à la guidance en développement scolaire énumère les cas où une désignation en tant qu'inspecteur, conseiller en développement scolaire ou chef prend fin prématurément. Ces cas devraient être identiques à ceux des autres fonctions de sélection et de promotion (chef de département, chef d'établissement, chef d'antenne auprès de Kaleido-DG...). Lorsque l'on compare, manque toutefois dans la liste de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire la fin de la désignation lorsque le rapport d'évaluation porte en conclusion la mention « insuffisant ». Le Gouvernement propose de combler cette omission et de compléter l'énumération en ce sens.

L'article 67 procède à cette modification dans le décret du 25 juin 2012.

22. Kaleido-DG

22.1 Remplacement décalé auprès de Kaleido-DG (article 73)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2016

Auprès de Kaleido-DG, un membre du personnel peut être remplacé dès qu'il est absent au moins 6 jours. Le remplacement prend fin dès que le membre du personnel absent reprend son service. Toutefois, il est souvent difficile de trouver rapidement le remplaçant idoine, notamment pour des périodes particulièrement courtes, par exemple pour moins d'un mois. C'est pourquoi le Gouvernement propose, comme c'est déjà le cas pour la haute école autonome, de modifier aussi la règle actuelle auprès de Kaleido-DG, afin que le membre du personnel absent ne soit pas obligatoirement remplacé pendant son absence, mais puisse l'être – pour la durée de son absence – à n'importe quel moment en cours d'année scolaire, donc aussi après son retour en service. Cela s'avère judicieux étant donné le mode organisationnel flexible de Kaleido-DG. Tout comme auprès de la haute école autonome, est proposée une entrée en vigueur rétroactive en début d'année scolaire 2016-2017.

S'il manque par exemple un psychologue en septembre auprès de Kaleido-DG pour une période de quatre semaines pour cause de maladie et qu'un remplaçant ne peut être trouvé pour cette période, il sera possible de compenser le remplacement en mars, par exemple en prolongeant si nécessaire le contrat de remplacement d'un autre psychologue, ce qui améliorera la continuité du service.

L'article 73 procède à cette modification dans le décret du 31 mars 2014.

22.2 Titre des conseillers en développement de la petite enfance (articles 68, 1°, 70, 71 et 72)

Entrée en vigueur : 1er janvier 2018

Le Gouvernement propose de reprendre le bachelor « sage-femme » comme titre pour le conseiller en développement de la petite enfance auprès de Kaleido-DG. Jusqu'à présent, seuls les porteurs d'un bachelor en soins infirmiers avaient accès à cette fonction.

Il est en outre prévu de ne plus définir comme partie du titre la formation complémentaire dans le domaine du conseil systémique correspondant au moins à 10 points ECTS, mais de l'établir comme condition pour obtenir la priorité ou comme condition pour une nomination.

Jusqu'à présent, les membre du personnel de Kaleido-DG qui exerçaient la fonction de conseiller en développement de la petite enfance devaient déjà après au plus deux ans dans la fonction, suivre une formation complémentaire dans le domaine du conseil systémique correspondant au moins à 10 points ECTS, pour pouvoir continuer à être désignés dans cette fonction. Cette formation n'est toutefois pas organisée à des intervalles réguliers – tout du moins pas tous les deux ans – parce qu'elle s'étend en règle générale sur 1 an et demi; les membres du personnel courraient donc le risque de perdre leur désignation après deux ans. Pour éviter cela, il est proposé de supprimer ladite disposition.

Dorénavant, la formation complémentaire ne sera exigée que lorsque le personnel souhaite bénéficier de la priorité ou être nommé. Le centre peut dès lors engager des candidats porteurs du diplôme requis et leur permettre de suivre la formation complémentaire, sans que les candidats risquent de perdre leur désignation s'ils ne peuvent suivre la formation dans les deux ans.

L'article 68, 1°, modifie les titres donnant accès à la fonction de conseiller en développement de la petite enfance.

L'article 70 abroge la disposition déterminant que la désignation dans la fonction de conseiller en développement de la petite enfance prend fin d'office après deux ans lorsque le membre du personnel concerné n'a pas suivi avec fruit, dans ce délai, la formation complémentaire dans le domaine du conseil systémique.

L'article 71 adapte les conditions pour être prioritaire dans la fonction de conseiller en développement de la petite enfance.

L'article 72 adapte les conditions pour pouvoir être nommé dans la fonction de conseiller en développement de la petite enfance.

22.3 Certificat d'équivalence auprès de Kaleido (article 68, 2°)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Le Gouvernement propose de prévoir la possibilité que des candidats présentant un certificat d'équivalence pour compléter leur diplôme étranger aient accès aux fonctions auprès de Kaleido-DG. Le certificat d'équivalence permet l'accès à la fonction concernée sur la base de qualifications professionnelles acquises dans un autre État membre.

Les sages-femmes allemandes, par exemple, ne sont en règle générale pas porteuses du titre académique de bachelor parce qu'elles ont suivi une formation de sage-femme.

La reconnaissance de cette qualification professionnelle leur ouvre la possibilité de travailler également comme sage-femme en Belgique parce qu'elles peuvent le faire à ce titre en Allemagne. Sur la base d'un certificat d'équivalence, elles pourraient ainsi avoir également accès à la fonction de conseiller en développement de la petite enfance auprès de Kaleido.

L'article 68, 2°, procède à cette modification dans le décret du 31 mars 2014.

22.4 Transfert du capital emplois non utilisé de la direction vers le capital emplois général (article 75)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Kaleido-DG dispose d'un capital emplois spécial pour les coordinateurs. Si un ou plusieurs coordinateurs sont mis en congé, ils ne sont pas remplacés pour la partie de ce congé et le capital emplois restant n'est pas utilisé.
Le Gouvernement propose de créer la possibilité d'utiliser pour l'occupation de personnel supplémentaire dans des fonctions de recrutement un capital emplois qui serait en surplus pour les coordinateurs en raison de mises en congé. Toutefois, aucun membre du personnel ne peut être nommé dans le cadre de ce capital emplois transféré.

Si, par exemple, deux coordinateurs sont mis en congé à raison d'un cinquième chacun, un assistant social supplémentaire peut par exemple être occupé pour le volume d'heures correspondant pendant l'année scolaire concernée.

L'article 75 procède à cette modification dans le décret du 31 mars 2014.

22.5 Assouplissement de l'obligation de formation continue en ce qui concerne les rédacteurs (article 69)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Tous les membres du personnel de Kaleido-DG ont le droit et le devoir de suivre au moins cinq jours de formation continue par an. Cette obligation de formation continue est prise en compte pour déterminer les titres et mérites. Toutefois, cette obligation de formation continue s'avère irréalisable pour les rédacteurs parce que le besoin et l'offre dans ce champ d'activité sont clairement moins diversifiés que par exemple dans le champ d'activité des psychologues. Aussi le Gouvernement propose-t-il de dispenser les rédacteur de cette obligation de suivre une formation continue de cinq jours. Leurs efforts en matière de formation continue seront dès lors pris en considération pour déterminer les titres et mérites, indépendamment du nombre de formations continues suivies.

L'article 69 procède à cette modification dans le décret du 31 mars 2014.

22.6 Adaptation de la mission des infirmiers (article 74)

Entrée en vigueur : 1er septembre 2017

Après que les premières évaluations ont eu lieu auprès de Kaleido-DG sur la base des missions fixées dans le décret, il s'est avéré, dans le cadre de l'évaluation des infirmiers, que la description des tâches devait être adaptée à la pratique professionnelle effective des infirmiers occupés auprès de Kaleido-DG.

De ce fait, le Gouvernement propose de préciser dans un premier temps la compétence pour les examens médicaux scolaires et les dépistages, tant dans les locaux de Kaleido que dans les écoles et/ou les lieux de dépistage et, si nécessaire, dans le cadre de visites à domicile. Ainsi, si nécessaire, les infirmiers peuvent aussi être impliqués dans le cadre des dépistages chez les jeunes enfants. De plus, le Gouvernement propose de définir comme mission spéciale, de par son importance, la mise en œuvre de mesures prophylactiques en cas de maladies contagieuses.

La compétence en matière de premiers secours est supprimée en tant que mission parce que cela conduisait à des malentendus. Certes, il va de soi que les infirmiers de Kaleido-DG prodigueront les premiers secours en cas d'urgence; ils ne sont toutefois pas les premiers interlocuteurs des établissements si des premiers secours sont nécessaires. En lieu et place, la sensibilisation aux mesures favorisant la santé est reprise comme tâche dans la description de fonction.

L'article 74 procède à cette modification dans le décret du 31 mars 2014.

Le Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

H. MOLLERS

PROJET DE DECRET

Projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement 2017

Chapitre 1er – Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du ministère de l'instruction publique

Article 1er – À l'article 17 de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du ministère de l'instruction publique, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° il est inséré un § 4.1 rédigé comme suit :

« § 4.1 – Lorsqu'il s'agit de membres du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion, les services effectivement prestés à partir de l'âge de 20, 21, 22, 23 ou 24 ans dans le cadre d'un contrat de travail auprès d'un employeur privé, en Belgique ou à l'étranger, ainsi que les services prestés en tant qu'indépendant ou titulaire d'une profession libérale sont pris en considération.

Les occupations à temps partiel sont prises en considération proportionnellement à une occupation à temps plein. »

2° dans le § 5 du même article, inséré par le décret du 24 juin 2013, les mots « 2 et 4 » sont remplacés par les mots « 2, 4 et 4.1 ».

Art. 2 – Le titre II, chapitre II, du même arrêté royal est complété par un article 40*ter* rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'article 17*bis*, les services mentionnés à l'article 17, § 4.1, alinéa 1er, prestés par les membres du personnel qui, au 31 août 2017 occupent une fonction de sélection ou de promotion, sont reconnus au 1er septembre 2016, dans la mesure où une demande datée et signée, à laquelle sont jointes les attestations de service requises, est introduite auprès de l'administration de l'enseignement. »

Chapitre 2 – Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Art. 3 – L'article 7, a), de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, modifié en dernier lieu par le décret du 11 mai 2009, est complété par un 9° rédigé comme suit :

« 9° coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé; »

Chapitre 3 – Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et artistique de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Art. 4 – À l'article 16 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et artistique de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1er, 5°, a), remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« a) les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus; »;

2° l'alinéa 1er, 5°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 16 juillet 2012, est complété par un g) rédigé comme suit :

« g) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant qui exerce la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire, celui-ci dispose d'un titre sanctionnant une formation complémentaire en morale non confessionnelle d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement; »

3° dans l'alinéa 6, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 29 juin 2015, les mots « à la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien, » sont insérés entre les mots « à titre temporaire » et les mots « à la fonction ».

Art. 5 – L'article 17, alinéa 2, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est complété par la phrase suivante :

« Si le candidat souhaite faire valoir sa priorité dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien, les jours de service dans une autre fonction d'une autre catégorie pour laquelle il est porteur du titre requis sont également pris en considération. »

Art. 6 – À l'article 39 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1er, 5°, a), remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« a) les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus; »;

2° l'alinéa 1er, 5°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, est complété par un g) rédigé comme suit :

« g) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant qui exerce la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire, celui-ci dispose d'un titre sanctionnant une formation complémentaire en morale non confessionnelle d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement; »;

3° l'alinéa 3, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 29 juin 2015, est complété par les mots « ou dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien »;

4° dans l'alinéa 5, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 29 juin 2015, les mots « à la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien, » sont insérés entre les mots « à titre définitif » et les mots « à la fonction ».

Art. 7 – Dans l'article 41, alinéa 3, du même arrêté royal, inséré par le décret du 29 juin 2015, les mots « ou dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien » sont insérés entre les mots « l'enseignement fondamental ordinaire » et les mots « , pour ce qui est ».

Art. 8 – À l'article 91*octies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, alinéa 1er, les mots « article 168, 2° » sont remplacés par les mots « article 168 »;

2° dans le § 2, alinéa 1er, les mots « Les dispositions du § 1er » sont remplacés par les mots « Le § 1er du présent article, l'article 91*septies*, § 2, alinéa 1er, 4° et 6° et alinéas 3 à 5, ainsi que l'article 169, 2° à 4° ».

Art. 9 – À l'article 91*decies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, les mots « Pendant la désignation, » sont remplacés par les mots « Durant l'exercice de la fonction, » ;

2° dans le § 2, alinéa 1er, les mots « Si un membre du personnel » sont remplacés par les mots « Si un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou nommé à titre définitif dans une autre fonction ».

Art. 10 – Dans l'article 91*viciester*, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 20 juin 2016, les mots « l'article 91*octies*, § 1er, alinéa 1er » sont remplacés par les mots « l'article 91*octies*, § 1er, alinéa 1er, et § 2, alinéa 1er ».

Art. 11 – À l'article 121*septies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, alinéa 1er, les mots « article 168, 2° » sont remplacés par les mots « article 168 »;

2° dans le § 2, alinéa 1er, les mots « Le § 1er vaut » sont remplacés par les mots « Le § 1er du présent article, l'article 121*sexties*, § 2, alinéa 1er, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, ainsi que l'article 169, 2° à 4°, valent ».

Art. 12 – À l'article 121*nonies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, alinéa 1er, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots « Pendant la désignation » sont remplacés par les mots « Durant l'exercice de la fonction » et dans le § 1er, alinéa 2, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots « Durant la désignation » sont remplacés par les mots « Durant l'exercice de la fonction » ;

2° dans le § 2, alinéa 1er, les mots « S'il s'agit d'un membre du personnel » sont remplacés par les mots « Si un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou nommé à titre définitif dans une autre fonction est désigné comme chef d'établissement, ».

Art. 13 – Dans le chapitre XI*bis* du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 169*undecies* rédigé comme suit :

« *Art. 169undecies* – L'article 16, alinéa 1er, 5°, g), et l'article 39, alinéa 1er, 5°, g), ne s'appliquent pas aux membres du personnel qui, au 31 août 2017, satisfont au régime de

priorité mentionné à l'article 17 pour la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire. »

Chapitre 4 – Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements

Art. 14 – L'article 14 de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements, modifié en dernier lieu par le décret du 25 juin 2012, est complété par un 9° rédigé comme suit :

« 9° coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé :

9.1. l'intéressé remplit les conditions suivantes :

9.1.1. être porteur d'un des titres suivants :

9.1.1.1. diplôme d'instituteur primaire;

9.1.1.2. diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur;

9.1.1.3. diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur;

9.1.1.4. graduat ou bachelor d'éducateur;

9.1.1.5. licence ou master en sciences de l'éducation;

9.1.1.6. licence ou master en psychopédagogie;

9.1.1.7. licence ou master en pédagogie;

9.1.1.8. licence ou master en psychologie;

9.1.1.9. licence, master, graduat ou bachelor de logopède;

9.1.1.10. graduat ou bachelor d'ergothérapeute;

9.1.1.11. graduat ou bachelor d'assistant social;

9.1.2. complété par une formation complémentaire en pédagogie de soutien correspondant au moins à 15 points ECTS, cela ne valant pas pour les titres mentionnés au 9.1.1.9 et 9.1.1.10;

9.1.3. complété par deux années d'expérience professionnelle dans une école spécialisée ou dans un établissement qui encadre des enfants nécessitant un soutien pédagogique spécialisé en Belgique ou à l'étranger, les années calendaires et/ou scolaires où le membre du personnel était au moins occupé à mi-temps dans l'établissement concerné étant prises en considération pour déterminer les deux ans; ou

9.2. licence ou master en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement. Vaut aussi comme titre requis tout diplôme sanctionnant une formation de l'enseignement supérieur du deuxième degré dont les matières principales sont liées à la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement fondamental spécial. Dans ce cas, le Gouvernement décide, sur avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction. »

Art. 15 – L'article 15, 2°, du même arrêté royal, est remplacé par ce qui suit :

« 2° infirmier :

a) graduat ou bachelor en soins infirmiers;

b) brevet en soins infirmiers. »

Art. 16 – Dans l'article 17.1 du même arrêté royal, inséré par le décret du 5 mai 2014, le nombre « 2017 » est remplacé par le nombre « 2019 ».

Art. 17 – Dans l'article 17.2 du même arrêté royal, inséré par le décret du 29 juin 2015, le nombre « 2017 » est remplacé par le nombre « 2019 ».

Chapitre 5 – Modification de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone

Art. 18 – Dans l'annexe de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, le A), § 3, f), abrogé par le décret du 24 juin 2013, est rétabli dans la rédaction suivante :

« f) un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré, complété par la preuve de la réussite d'une formation complémentaire en religion catholique, représentant au moins 130 points ECTS et reconnue par l'autorité compétente pour le culte concerné; ».

Chapitre 6 – Modification du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé

Art. 19 – L'article 5*quater* du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 24 juin 2013, est abrogé.

Art. 20 – L'article 5*quinquies* du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013 et remplacé par le décret du 20 juin 2016, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« En application de l'article 25.1, le directeur du Centre de pédagogie de soutien peut, pour engager des personnes percevant des honoraires, utiliser au plus la contre-valeur d'un équivalent temps plein du capital emplois octroyé conformément à l'alinéa 1er. »

Art. 21 – L'article 34.2 du même décret, inséré par le décret du 16 janvier 2012 et abrogé par le décret du 20 juin 2016, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Art. 34.2 – Aide au soutien accordé aux élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans les écoles spécialisées

§ 1er – Afin de stimuler l'aptitude au diagnostic et d'élargir les compétences en pédagogie de soutien dans les écoles spécialisées, seize quarts d'emploi sont mis à la disposition de l'enseignement spécialisé.

Chaque pouvoir organisateur de l'enseignement spécialisé reçoit un certain nombre de quarts d'emploi calculé selon la formule suivante :

$$\frac{A \times B}{C}$$

A = nombre de quarts d'emploi mis à disposition de l'enseignement spécialisé conformément à l'alinéa 1er

B = nombre d'élèves dans les écoles spécialisées du pouvoir organisateur

C = nombre total d'élèves dans les écoles spécialisées en Communauté germanophone

Si la première décimale du nombre de quarts d'emploi calculé est inférieure à 5, le résultat est arrondi au quart d'emploi inférieur. Si elle est égale ou supérieure à 5, le résultat est arrondi au quart d'emploi supérieur.

§ 2 – Le jour de référence pour calculer le capital emplois est le dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente.

§ 3 – Les élèves suivants sont additionnés :

1° les élèves réguliers de l'enseignement maternel qui durant le mois de janvier ont été présents pendant au moins cinq jours d'école à raison de demi-journées;

2° les élèves réguliers de l'enseignement primaire;

3° les élèves réguliers de l'enseignement secondaire.

§ 4 – Le capital emplois calculé conformément aux §§ 1er à 3 est disponible pour l'année scolaire en cours.

§ 5 – Le capital emplois calculé conformément aux §§ 1er à 3 est utilisé par le pouvoir organisateur pour désigner ou engager à titre temporaire ou encore nommer ou engager à titre définitif, selon le cas, des coordinateurs en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé.

Le capital emplois est ajouté au capital emplois calculé conformément à l'article 5*ter*.

§ 6 – En application de l'article 25.1, le chef d'établissement peut utiliser, pour financer des mesures de formation continue ou coachings spécifiques en vue de soutenir le personnel scolaire, au plus la contre-valeur d'un quart d'emploi du capital octroyé conformément aux §§ 1er à 5, le diviseur mentionné à l'article 25.1, § 2, alinéa 1er, étant égal à 38. »

Art. 22 – L'article 53*bis*, § 1er, du même décret, inséré par le décret du 23 octobre 2000 et remplacé par le décret du 11 mai 2009, est complété par un alinéa rédigé comme suit :
« Par dérogation au premier alinéa, le capital emplois mentionné à l'article 34.2 ne peut être transféré. »

Art. 23 – Dans l'article 53*ter*, § 7, du même décret, inséré par le décret du 17 mai 2004, remplacé par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 29 juin 2015, les années « 2016-2017 » sont remplacées par les années « 2019-2020 ».

Art. 24 – Le chapitre IV*ter* du même décret, inséré par le décret du 17 mai 2004 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, est complété par un article 53*quinquies* rédigé comme suit :
« *Art. 53quinquies* – Par dérogation à l'article 34.2, le capital emplois servant à désigner ou engager à titre temporaire, voire à nommer ou engager à titre définitif des coordinateurs en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé, correspond, pour les années scolaires 2017-2018 et 2018-2019, au capital emplois octroyé à l'école spécialisée en question pour l'année scolaire 2015-2016 en application de l'article 5*quater*.

Pendant les années scolaires 2017-2018 et 2018-2019, il faut entendre par capital emplois tel que mentionné à l'article 34.2, § 6, le capital emplois mentionné dans l'alinéa précédent. »

Chapitre 7 – Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées

Art. 25 – À l'article 93.59 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, inséré par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :
1° dans l'intitulé, les mots « à la suite des contrôles » sont abrogés;
2° le § 1er est remplacé par ce qui suit :
« § 1er – Si la commission, en application de l'article 93.58, § 3, décide que l'enseignement à domicile ne peut être poursuivi, l'inscription dans une école organisée, subventionnée ou reconnue par la Communauté germanophone, la

Communauté française ou la Communauté flamande ou encore par une entité territoriale d'un État membre de l'Union européenne est obligatoire. La commission estime le niveau de compétences atteint; sur avis de l'inspection scolaire et moyennant l'accord du membre mentionné à l'article 93.49, § 1er, alinéa 1er, 3°, elle établit une attestation d'admissibilité portant sur le lieu de soutien, ainsi que sur la forme, l'orientation et l'année d'études, à l'exception des sixième et septième années de l'enseignement secondaire. Si l'attestation d'admissibilité est établie pour une école spécialisée, il faut en plus l'accord mentionné à l'article 93.7.

La commission transmet sa décision aux personnes chargées de l'éducation, par recommandé, et à l'inspection scolaire, par simple courrier, dans un délai de 15 jours ouvrables suivant la réception du courrier de l'inspection scolaire.

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision, elles peuvent dans les huit jours introduire un recours auprès du Gouvernement lorsque l'attestation d'admissibilité est établie pour une école ordinaire et auprès du président de la commission de soutien lorsque l'attestation est établie pour une école spécialisée. Le recours est introduit par recommandé ou contre remise d'un accusé de réception. La date du cachet de la poste ou de l'accusé de réception fait foi. Le recours est suspensif.

Le Gouvernement ou la commission de soutien, selon le cas, communique par écrit – par recommandé aux personnes chargées de l'éducation et par simple lettre au président de la commission de l'enseignement à domicile – sa décision motivée, et ce, dans un délai de 20 jours ouvrables suivant la date du recours.

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision prise par la commission de soutien, elles en informent le président de la commission par écrit dans les 14 jours ouvrables suivant l'envoi du recommandé contenant la décision. Le président renvoie alors l'affaire devant le juge de la jeunesse compétent. La procédure mentionnée à l'article 93.28 s'applique.

Le Gouvernement fixe la forme de l'attestation d'admissibilité. »

3° il est inséré un § 1.1 rédigé comme suit :

« § 1.1. – Si les personnes chargées de l'éducation décident d'inscrire dans une école organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone leur enfant soumis à l'obligation scolaire et suivant l'enseignement à domicile, la commission de l'enseignement à domicile peut, si nécessaire, délivrer une attestation d'admissibilité en application du § 1er; par lettre de l'inspection scolaire, mentionnée au § 1er, alinéa 2, il faut entendre la demande introduite par les personnes chargées de l'éducation. »

Art. 26 – À l'article 98 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1er actuel formera le § 1er;

2° dans l'alinéa 2 actuel, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots « alinéa 1er » sont remplacés par les mots « § 1er »;

3° les alinéas 2 et 3 actuels, insérés par le décret du 11 mai 2009 et modifiés par le décret du 28 juin 2010, formeront le § 2;

4° l'alinéa 4 actuel, inséré par le décret du 16 janvier 2012 et remplacé par le décret du 20 juin 2016, formera le § 3;

5° le même article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 – Par dérogation au § 1er, la mission du coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé consiste à :

1° conseiller et soutenir le personnel enseignant lors des cours ou de mesures ciblées de différenciation ou de soutien pour des élèves individuellement ou des groupes d'élèves, éventuellement faire de l'enseignement en équipe;
2° observer des cours, des élèves individuellement et des groupes d'élèves;
3° coordonner les aides internes et externes ainsi que les contacts avec les parents;
4° préparer et introduire du matériel ou des modes d'intervention spéciaux que les enseignants et/ou les élèves peuvent ensuite utiliser de façon autonome;
5° coordonner toutes les mesures relatives à la pédagogie de soutien dans l'école concernée;
6° examiner du matériel relatif à la pédagogie de soutien et établir un catalogue;
7° promouvoir la coopération avec les autres établissements implantés sur le campus;
8° aider de manière ponctuelle lorsque les membres du personnel suivent des formations continuées;
9° travailler avec les enfants;
10°tenir les documents individuels relatifs aux élèves en coopération avec le titulaire de classe et/ou le thérapeute (portfolio de soutien);
11°participer à des réunions régulières avec des organisations partenaires, notamment le Centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, mais aussi, entre autres, le service d'aide à la jeunesse, le service d'aide judiciaire à la jeunesse et des établissements thérapeutiques;
12°participer à des réunions d'équipe et à des journées de conférence, à la supervision, à la formation continuée, à des conseils de classe si nécessaire.

Les coordinateurs en pédagogie de soutien n'ont pas autorité vis-à-vis des titulaires de classe.

Il est interdit au coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé de remplacer, dans le cadre de ses activités, un autre membre du personnel appartenant à la catégorie du personnel directeur et enseignant. »

Art. 27 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un chapitre X.1 intitulé comme suit :
« Chapitre X.1 – Temps de travail hebdomadaire »

Art. 28 – Dans le chapitre X.1 du même décret, il est inséré un article 103.1 rédigé comme suit :
« Art. 103.1 – Temps de travail hebdomadaire du coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé

Les prestations fournies par le coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécial s'élèvent, dans le cadre d'une activité à temps plein, à 38 heures de 60 minutes par semaine en moyenne. Cette moyenne est calculée sur une période de référence de quatre mois. Dans les faits, le coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé preste au moins 19 heures de 60 minutes par semaine auprès d'un pouvoir organisateur.

Le temps de travail hebdomadaire ne peut en aucun cas dépasser 50 heures. »

Chapitre 8 - Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné

Art. 29 – À l'article 33 du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1er, 5°, a), remplacé par le décret du 23 juin 2008, est remplacé par ce qui suit :

« a) les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus; »;

2° l'alinéa 1er, 5°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié en dernier lieu par le décret du 16 juillet 2012, est complété par un g) rédigé comme suit :

« g) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant qui exerce la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire, celui-ci dispose d'un titre sanctionnant une formation complémentaire en morale non confessionnelle d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement; »;

3° dans l'alinéa 6, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 29 juin 2015, les mots « dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien, » sont insérés entre les mots « à titre temporaire » et les mots « dans la fonction ».

Art. 30 – L'article 35, § 1er, alinéa 2, du même décret, remplacé par le décret du 23 juin 2008, est complété par la phrase suivante :

« Si le candidat souhaite faire valoir sa priorité dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien, les jours de service dans une autre fonction d'une autre catégorie pour laquelle il est porteur du titre requis sont également pris en considération. »

Art. 31 – À l'article 49, § 1er, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1er, 5°, a), remplacé par le décret du 23 juin 2008, est remplacé par ce qui suit :

« a) les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus; »;

2° l'alinéa 1er, 5°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, est complété par un g) rédigé comme suit :

« g) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant qui exerce la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire, celui-ci dispose d'un titre sanctionnant une formation complémentaire en morale non confessionnelle d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement; »;

3° l'alinéa 3, inséré par le décret du 23 juin 2008 et modifié par le décret du 29 juin 2015, est complété par les mots « ou dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien »;

4° dans l'alinéa 5, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 5 mai 2014 et 29 juin 2015, les mots « dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien » sont insérés entre les mots « à titre définitif » et les mots « dans la fonction ».

Art. 32 – Dans l'article 53, alinéa 4, du même décret, inséré par le décret du 29 juin 2015, les mots « ou dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien » sont insérés entre les mots « l'enseignement fondamental ordinaire » et les mots « , pour ce qui est ».

Art. 33 – À l'article 62.7 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° au § 1er, alinéa 1er, le nombre « 78 » est remplacé par les mots « 79, 80, alinéa 1er, 2° »;

2° dans le § 2, alinéa 1er, les mots « Le § 1er vaut » sont remplacés par les mots « Le § 1er du présent article, l'article 62.6, § 2, alinéa 1er, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, ainsi que l'article 80, à l'exception de l'alinéa 1er, 1°, valent ».

Art. 34 – À l'article 62.9 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, les mots « Pendant son engagement » sont remplacés par les mots « Durant l'exercice de la fonction »;

2° dans le § 2, alinéa 1er, les mots « Si un membre du personnel » sont remplacés par les mots « Si un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou engagé à titre définitif dans une autre fonction ».

Art. 35 – Dans l'article 62.21, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, les mots « l'article 62.7, § 1er, alinéa 1er, » sont remplacés par les mots « l'article 62.7, § 1er, alinéa 1er et § 2, alinéa 1er, ».

Art. 36 – À l'article 69.6 du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, alinéa 1er, le nombre « 78 » est remplacé par les mots « 79, 80, alinéa 1er, 2° »;

2° dans le § 2, alinéa 1er, modifié par le décret du 25 mai 2009, les mots « Le § 1er vaut » sont remplacés par les mots « Le § 1er du présent article, l'article 69.5, § 2, alinéa 1er, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, ainsi que l'article 80, à l'exception de l'alinéa 1er, 1°, valent ».

Art. 37 – À l'article 69.8 du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, alinéa 1er, modifié par le décret du 11 mai 2009, les mots « Pendant son engagement » sont remplacés par les mots « Durant l'exercice de la fonction » et dans le § 1er, alinéa 2, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots « Durant son engagement » sont remplacés par les mots « Durant l'exercice de la fonction » ;

2° dans le § 2, alinéa 1er, les mots « S'il s'agit d'un membre du personnel » sont remplacés par les mots « Si un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou engagé à titre définitif dans une autre fonction est désigné comme chef d'établissement ».

Art. 38 – Dans le titre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 119.10 rédigé comme suit :

« Art. 119.10 – L'article 33, alinéa 1er, 5°, g), et l'article 49, § 1er, alinéa 1er, 5°, g), ne s'appliquent pas aux membres du personnel qui, au 31 août 2017, satisfont au régime de priorité mentionné à l'article 35 pour la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire. »

Chapitre 9 – Modification du décret du 25 juin 2001 contentant des mesures spéciales quant aux fonctions d'enseignant et portant adaptation du statut pécuniaire

Art. 39 – Dans l'article 1er du décret du 25 juin 2001 contentant des mesures spéciales quant aux fonctions d'enseignant et portant adaptation du statut pécuniaire, les mots « dans l'enseignement secondaire de plein exercice, dans l'enseignement secondaire à horaire réduit ou dans la formation scolaire continuée » sont remplacés par les mots « dans l'enseignement ».

Art. 40 – À l'article 5 du même décret, modifié par le décret du 29 juin 2015, les mots « dans l'enseignement fondamental, dans l'enseignement secondaire de plein exercice, dans l'enseignement secondaire à horaire réduit ou dans la formation scolaire continuée » sont remplacés par les mots « dans l'enseignement ».

Chapitre 10 – Modification du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003

Art. 41 – L'article 11.4 du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003, inséré par le décret du 16 juillet 2012, est complété par un alinéa 3 rédigé comme suit :

« Les jours de congé de maladie que prend un membre du personnel dans les six semaines précédant l'accouchement ne sont pas, en cas de reprise consécutive du travail, reportés dans le congé de maternité postnatal. Dans ce cas, ces jours ne sont pas déduits du nombre de jours de maladie dont dispose le membre du personnel. En cas de grossesse multiple, la période est de huit semaines. »

Chapitre 11 – Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés

Art. 42 – À l'article 20, § 1er, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1er, 5°, a), remplacé par le décret du 23 juin 2008, est remplacé par ce qui suit :

« a) les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus; »;

2° le § 1er, alinéa 1er, 5°, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié en dernier lieu par le décret du 16 juillet 2012, est complété par un f) rédigé comme suit :

« f) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant qui exerce la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire, celui-ci dispose d'un titre sanctionnant une formation complémentaire en morale non confessionnelle d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement; »

3° dans l'alinéa 5, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 29 juin 2015, les mots « dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien » sont insérés entre les mots « à titre temporaire » et les mots « dans la fonction ».

Art. 43 – L'article 22, alinéa 2, du même décret, remplacé par le décret du 23 juin 2008, est complété par la phrase suivante :

« Si le candidat souhaite faire valoir sa priorité dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien, les jours de service dans une autre fonction d'une autre catégorie pour laquelle il est porteur du titre requis sont également pris en considération. »

Art. 44 – À l'article 37 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1er, 5°, a), remplacé par le décret du 23 juin 2008, est remplacé par ce qui suit :

« a) les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus; »;

2° l'alinéa 1er, 5°, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, est complété par un f) rédigé comme suit :

« f) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant qui exerce la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire, celui-ci dispose d'un titre sanctionnant une formation complémentaire en morale non confessionnelle d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement; »;

3° l'alinéa 3, inséré par le décret du 23 juin 2008 et modifié par le décret du 29 juin 2015, est complété par les mots « ou dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien »;

4° dans l'alinéa 6, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 5 mai 2014 et 29 juin 2015, les mots « dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien » sont insérés entre les mots « à titre définitif » et les mots « dans la fonction ».

Art. 45 – Dans l'article 41, alinéa 3, du même décret, inséré par le décret du 29 juin 2015, les mots « ou dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien » sont insérés entre les mots « l'enseignement fondamental ordinaire » et les mots « , pour ce qui est ».

Art. 46 – À l'article 56.6 du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, alinéa 1er, le nombre « 76 » est remplacé par le nombre « 77 »;

2° dans le § 2, alinéa 1er, les mots « Les dispositions du § 1er » sont remplacés par les mots « Le § 1er du présent article, l'article 56.5, § 2, alinéa 1er, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, ainsi que l'article 78, à l'exception de l'alinéa 1er, 1° ».

Art. 47 – À l'article 56.8 du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, les mots « Pendant sa désignation en tant que secrétaire administratif en chef celui-ci perçoit » sont remplacés par les mots « Durant l'exercice de la fonction, le secrétaire administratif en chef perçoit »;

2° dans le § 2, alinéa 1er, les mots « un membre du personnel » sont remplacés par les mots « un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou nommé à titre définitif dans une autre fonction ».

Art. 48 – À l'article 64.6 du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, alinéa 1er, le nombre « 76 » est remplacé par le nombre « 77 »;

2° dans le § 2, alinéa 1er, les mots « du § 1er du présent article, de l'article 64.5, § 2, alinéa 1er, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, ainsi que de l'article 78, à l'exception de l'alinéa 1er, 1°, » sont insérés entre les mots « Les dispositions » et le mot « valent ».

Art. 49 – À l'article 64.8 du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, les mots « Pendant sa désignation en tant que directeur d'académie celui-ci perçoit » sont remplacés par les mots « Durant l'exercice de la fonction, le directeur d'académie perçoit »;

2° dans le § 2, alinéa 1er, les mots « un membre du personnel » sont remplacés par les mots « un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou nommé à titre définitif dans une autre fonction ».

Art. 50 – À l'article 64.17 du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, alinéa 1er, le nombre « 76 » est remplacé par le nombre « 77 »;

2° dans le § 2, alinéa 1er, les mots « Le § 1er vaut » sont remplacés par les mots « Le § 1er du présent article, l'article 64.16, § 2, alinéa 1er, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, ainsi que l'article 78, à l'exception de l'alinéa 1er, 1°, valent ».

Art. 51 – À l'article 64.19 du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, alinéas 1er et 2, les mots « Durant sa désignation» sont remplacés par les mots « Durant l'exercice de la fonction »;

2° dans le § 2, alinéa 1er, les mots « d'un membre du personnel » sont remplacés par les mots « d'un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou nommé à titre définitif en tant que chef d'établissement ».

Art. 52 – Dans le chapitre XIV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 111*decies* rédigé comme suit :

« *Art. 111decies* – L'article 20, § 1er, alinéa 1er, 5°, g), et l'article 37, alinéa 1er, 5°, g), ne s'appliquent pas aux membres du personnel qui, au 31 août 2017, satisfont au régime de priorité mentionné à l'article 22 pour la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire. »

Chapitre 12 – Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome

Art. 53 – L'article 5.15, § 1er, alinéa 1er, 5°, a), du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, remplacé par le décret du 23 juin 2008, est remplacé par ce qui suit :

« a) les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus; ».

Art. 54 – L'article 5.31, alinéa 1er, 5°, a), du même décret, remplacé par le décret du 23 juin 2008, est remplacé par ce qui suit :

« a) les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus; ».

Art. 55 – L'article 5.83 du même décret, modifié par le décret du 24 juin 2013, est remplacé par ce qui suit :

« *Article 5.83 – Conditions d'admissibilité*

Seul un membre du personnel de la haute école peut exercer cette fonction

1° s'il remplit les conditions énumérées à l'article 5.15, alinéa 1er, à l'exception du 5° et du 8°;

2° s'il dispose au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du second degré;

3° s'il a une expérience professionnelle utile d'au moins cinq ans;
4° si son dernier bulletin de signalement ou rapport d'évaluation porte en conclusion au moins la mention « bien »; à défaut de bulletin ou de rapport, la présente condition est considérée comme remplie;
5° s'il a introduit sa candidature dans la forme et le délai fixés dans l'appel aux candidats.

L'expérience professionnelle utile mentionnée à l'alinéa 1er, 3°, doit être acquise dans le cadre d'une activité professionnelle en lien avec la fonction exercée. Les services à temps partiel sont pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein.

Si la fonction ne peut être occupée par un membre du personnel de la haute école, elle peut l'être par une personne qui remplit les conditions mentionnées à l'alinéa 1er. »

Art. 56 – À l'article 5.84 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :
1° le premier alinéa est remplacé par ce qui suit :
« Le pouvoir organisateur publie un appel aux candidats par affichage dans la haute école et sous toute autre forme appropriée. L'appel aux candidats mentionne le profil requis du chef de département et les objectifs à réaliser pendant la durée du mandat. S'il est fait usage de la possibilité mentionnée à l'article 5.83, alinéa 3, l'appel aux candidats est de plus publié dans la presse. »;
2° dans l'alinéa 2, la première phrase est remplacée par ce qui suit : « La candidature est introduite par recommandé. »

Art. 57 – L'article 5.85, alinéa 2, du même décret, est remplacé par ce qui suit :
« Il se base entre autres sur les bulletins de signalement et rapports d'évaluation, le plan de stratégie et d'action introduit par le candidat, la qualification pédagogique, l'expérience professionnelle, le profil d'aptitude, ainsi que sur un entretien de candidature. »

Art. 58 – Dans l'article 5.87, § 1er, du même décret, remplacé par le décret du 27 juin 2011, le chiffre « 3° » est remplacé par le chiffre « 5° ».

Art. 59 – Dans l'article 5.89 du même décret, les mots « – pour autant qu'il s'agisse d'un membre du personnel de la haute école – » sont insérés entre les mots « membre du personnel » et les mots « pendant l'exercice ».

Art. 60 – À l'article 5.90 du même décret, modifié par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :
1° dans l'alinéa 1er, les mots « le membre du personnel perçoit, en plus de son traitement en tant que chargé de cours, une prime » sont remplacés par les mots « le chef de département perçoit un traitement en application du titre II-II.2 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant majoré d'une prime ».
2° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1er et 2 :
« Si un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou nommé à titre définitif dans une autre fonction est désigné comme chef de département, il continue à percevoir son traitement par dérogation à l'alinéa 1er et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit : P = X - M
P = la prime
X = le traitement visé au premier alinéa
M = le traitement mensuel brut du membre du personnel »;
3° dans les alinéas 2, 3 et 4 actuels, remplacés par le décret du 29 juin 2015 et qui deviennent respectivement les alinéas 3, 4 et 5, le mot « prime » est remplacé par les mots « prime mentionnée aux alinéas 3 et 4 ».

Art. 61 – Dans l'article 5.91 du même décret, les mots « À la fin du mandat, le membre du personnel retrouve sa fonction de chargé de cours » sont remplacés par « Au terme du mandat, le membre du personnel, dans la mesure où il est nommé à titre définitif ou désigné pour une durée indéterminée auprès de la haute école, retrouve son ancienne fonction ».

Art. 62 – À l'article 6.7 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, alinéa 3, remplacé par le décret du 25 mai 2009 et modifié par le décret du 24 juin 2013, l'année « 2016-2017 » est remplacée par l'année « 2017-2018 »;

2° dans le § 1er, l'alinéa 5, inséré par le décret du 16 janvier 2012, est complété par les mots « ainsi que 1,6 emploi de chargé de cours pour le département sciences sanitaires et infirmières ».

Chapitre 13 – Modification du décret du 26 juin 2006 portant des mesures en matière d'enseignement – 2006

Art. 63 – L'article 115.1 du décret du 26 juin 2006 portant des mesures en matière d'enseignement – 2006, inséré par le décret du 5 mai 2014, est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 – Par dérogation à l'article 14, 2°, de l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, le Gouvernement nomme, au 1er octobre 2017, en application du § 1er, alinéa 2, et du § 2, des membres du personnel administratif dans les emplois alors vacants, lorsqu'ils remplissent les conditions mentionnées au § 1er, alinéa 1er, 1° à 3°. »

Chapitre 14 – Modification du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant

Art. 64 – À l'annexe II du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, remplacée par le décret du 16 juillet 2012 et modifiée en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 1°, la date « 31 décembre 2018 » est remplacée par la date « 31 décembre 2017 »;

2° il est inséré un 2.1 rédigé comme suit :

« 2.1 pour la période allant du 1er janvier 2018 au 31 décembre 2018

<u>Échelles de traitement - Montants en euros</u>

Échelle de la classe d'âge 18 ans

Ouvrier	Ouvrier spécialisé
Ouvrier d'entretien	Ouvrier d'entretien qualifié
<u>Aide-cuisinier</u>	<u>Cuisinier</u>
13 862,41 - 15 763,35	14 350,11 - 18 657,98
03 (1) x 122,20	03 (1) x 157,44
02 (2) x 65,37	05 (2) x 218,79
10 (2) x 140,36	06 (2) x 299,83
	02 (2) x 471,31

Premier ouvrier spécialisé
Premier ouvrier d'entretien qualifié
Premier cuisinier
14 454,85 - 19 308,81
03 (1) x 157,43
05 (2) x 248,67
08 (2) x 392,29

Premier ouvrier spécialisé – chef d'équipe
Premier ouvrier d'entretien qualifié
Chef d'équipe
Premier cuisinier – chef d'équipe
14 973,19 - 20 416,26
03 (1) x 245,75
05 (2) x 313,50
08 (2) x 392,29 ».

3° le 3° est remplacé par ce qui suit :
« 3° à partir du 1er janvier 2019

Échelles de traitement - Montants en euros

Échelle de la classe d'âge 18 ans

Ouvrier
Ouvrier d'entretien
Aide-cuisinier
14 002,43 - 15 922,58
03 (1) x 123,43
02 (2) x 66,03
10 (2) x 141,78

Ouvrier spécialisé
Ouvrier d'entretien qualifié
Cuisinier
14 495,06 - 18 846,44
03 (1) x 159,03
05 (2) x 220,99
06 (2) x 302,86
02 (2) x 476,09

Premier ouvrier spécialisé
Premier ouvrier d'entretien qualifié
Premier cuisinier
14 600,86 - 19 503,85
03 (1) x 159,03
05 (2) x 251,18
08 (2) x 396,25

Premier ouvrier spécialisé – chef d'équipe
Premier ouvrier d'entretien qualifié
Chef d'équipe
Premier cuisinier – chef d'équipe
15 124,43 - 20 622,47
03 (1) x 248,23
05 (2) x 316,67
08 (2) x 396,25 ».

Chapitre 15 – Modification du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit

Art. 65 – Dans l'article 69 du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit, modifié par le décret du 24 juin 2013, l'année « 2016-2017 » est remplacée par l'année « 2020-2021 ».

Chapitre 16 – Modification du décret du 11 mai 2009 relatif au centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées

Art. 66 – Dans l'article 6, 6°, du décret du 11 mai 2009 relatif au centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées, les mots « des écoles ordinaires, » sont remplacés par les mots « des écoles ordinaires et spécialisées ainsi que ».

Chapitre 17 – Modification du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire et à la guidance en développement scolaire

Art. 67 – À l'article 20, § 2, alinéa 1er, du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire et à la guidance en développement scolaire, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 6°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° il est inséré un 7° rédigé comme suit :

« 7° dans le cas d'un rapport d'évaluation portant la mention "insuffisant". »

Chapitre 18 – Modification du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes

Art. 68 – À l'article 6.3 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1er, 8° (lire 9°), est remplacé par ce qui suit :

« 9° conseiller en développement de la petite enfance :

a) graduat ou bachelor en soins infirmiers;

b) graduat ou bachelor de sage-femme; »;

2° l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 – Les certificats d'études délivrés par un État membre de l'Union Européenne sont considérés comme des certificats d'aptitudes requis en bonne et due forme s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence établi par le Gouvernement. »

Art. 69 – L'article 6.8 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1er, l'obligation de formation continuée mentionnée dans ledit alinéa ne vaut pas pour les rédacteurs. »

Art. 70 – L'article 6.15, alinéa 3, du même décret est abrogé.

Art. 71 – À l'article 6.18, alinéa 1er, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 5°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° il est inséré un 6° rédigé comme suit :

« 6° dans la fonction de conseiller en développement de la petite enfance, il présente un certificat de réussite d'une formation complémentaire dans le domaine du conseil systémique correspondant au moins à 10 points ECTS. »

Art. 72 – L'article 6.32, alinéa 1er, 5°, du même décret est complété par la phrase suivante :

« Pour la fonction de conseiller en développement de la petite enfance, avoir présenté un certificat de réussite de la formation complémentaire mentionnée à l'article 6.18, 6°; ».

Art. 73 – L'article 6.55 du même décret, modifié par le décret du 20 juin 2016, est complété par un alinéa 3 rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1er, le remplacement peut intervenir à n'importe quel moment de l'année scolaire. »

Art. 74 – À l'article 6.99 du même décret, inséré par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° les 3° et 4° sont remplacés par ce qui suit :

« 3° en coopération avec des médecins, organiser et mener des examens médicaux et de dépistage au sein de l'antenne, à l'école, dans des services de prévention et, si nécessaire, dans le cadre de visites à domicile;

4° mener des mesures prophylactiques dans l'environnement scolaire en cas de maladies contagieuses; »;

2° le 7° est remplacé par ce qui suit :

« 7° sensibiliser les enfants et les jeunes, les personnes chargées de l'éducation et les familles, ainsi que les membres du personnel des établissements d'enseignement en organisant et menant des animations dans le domaine de la promotion de la santé; ».

Art. 75 – L'article 7.2 du même décret est complété par un alinéa 2 rédigé comme suit :

« Si le capital emplois pour les coordinateurs n'est pas épuisé en raison de formes de congé, le capital emplois restant peut, pour l'année scolaire concernée, être ajouté au capital emplois fixé conformément à l'article 7.5. Ce capital emplois transféré n'est pas libérable pour une nomination à titre définitif. »

Chapitre 19 – Entrée en vigueur

Art. 76 – Le présent décret entre en vigueur le 1er septembre 2017, à l'exception :

1° des articles 1er, 2, 66 et 73, qui produisent leurs effets le 1er septembre 2016;

2° de l'article 25, qui entre en vigueur le 1er juillet 2017;

3° des articles 4, 2°, 6, 2°, 13, 15, 18, 29, 2°, 31, 2°, 38, 42, 2°, 44, 2°, 52, 64, 68, 1°, 70, 71 et 72, qui entrent en vigueur le 1er janvier 2018.

Eupen, le

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président

O. PAASCH

Le Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

H. MOLLERS